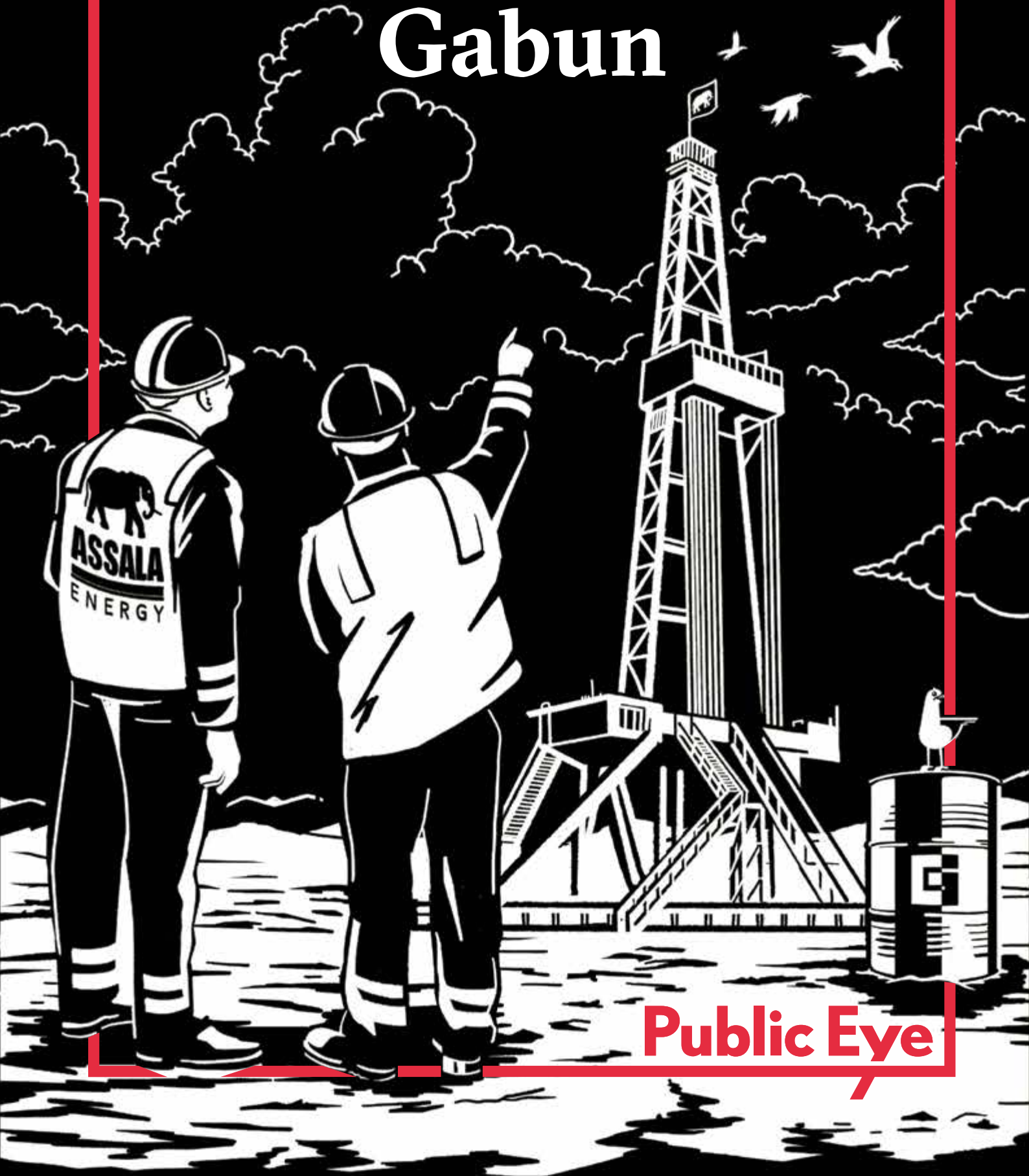


KORRUPTIONSVERDACHT IM ÖLSEKTOR

Gunvor in Gabun



Public Eye

Dank Ihnen!

Die Reportagen und Analysen in unserem Magazin und die Recherchen, auf denen diese beruhen, sind nur dank der Unterstützung unserer Mitglieder und Spender*innen möglich.

Sie sind bereits Mitglied?

Herzlichen Dank!

Doppelten Dank, falls Sie eine Mitgliedschaft verschenken.

publiceye.ch/geschenkabo

Sie sind noch nicht Mitglied?

Mit 75 Franken pro Jahr sind Sie dabei und erhalten regelmässig unser Magazin.

publiceye.ch/mitglieder

Oder wollen Sie uns zuerst kennenlernen?

Dann bestellen Sie gratis drei Ausgaben als Schnupperabo.

publiceye.ch/schnuppern

Wir freuen uns, von Ihnen zu hören.

REDAKTION & PRODUKTION

Romeo Regenass (D) und
Karine Pfenniger (F)

—

LAYOUT & INFOGRAFIK
opak.cc

—

COVER
opak.cc

—

DRUCK
Stämpfli Kommunikation, Bern
Rebello & PerlenValue, FSC

—

AUFLAGE
D: 25 800 Ex. / F: 9400 Ex.

—

ISSN
2504-1266

—

KONTAKT
Public Eye
Dienersstrasse 12
Postfach, 8021 Zürich

—

Tel. +41 (0)44 2 777 999
kontakt@publiceye.ch
publiceye.ch

—

Das Public Eye Magazin erscheint
6-mal jährlich, davon einmal als Jahres-
bericht, in Deutsch und Französisch.

—

SPENDENKONTO
IBAN CH69 0900 0000 8000 8885 4



Unlautere Praktiken der Rohstoffhändler: Rückfälle noch und noch

Wie oft kann ein Unternehmen versprechen, ein neues Kapitel aufzuschlagen, wenn die Tatsachen den Worten widersprechen? Das ist eine der Fragen, die in der exklusiven Recherche von Public Eye zu einem riesigen Öldeal gestellt werden, den der Genfer Rohstoffgigant Gunvor in Gabun abgeschlossen hat. Die Büros des Konzerns, der in der Schweiz schon zweimal wegen Korruptionsfällen verurteilt wurde – 2019 wegen eines Ölgeschäfts in der Republik Kongo und 2024 wegen derselben Vorwürfe in Ecuador –, wurden Mitte Mai in Genf auf Anordnung der Bundesanwaltschaft durchsucht. Diese ermittelt wegen des Verdachts auf Bestechung ausländischer Amtsträger im Zusammenhang mit dem Zuschlag für das lukrative Gabun-Geschäft.

Seit mehreren Jahren behauptet Gunvor, ebenso wie andere Händler, auf Vermittler verzichtet und eine Nulltoleranzpolitik gegenüber Korruption eingeführt zu haben. Unsere Enthüllungen zeichnen ein völlig anderes Bild. Sie zeigen die Mitwirkung eines Beraters, der Kontakte zu höchsten Stellen in Gabun vermittelt hat und dafür heute mehrere Millionen US-Dollar fordert.

Sie decken zudem ein System indirekter Zahlungen auf, das es mutmasslich ermöglicht hat, Vermittler ausserhalb der üblichen Kontrollmechanismen zu vergüten. Sollte das laufende juristische Verfahren dies bestätigen, wäre klar, dass hinter einer sauberen Fassade nach wie vor dreckige Geschäfte laufen.

In dieser Ausgabe feiern wir zudem das zehnjährige Jubiläum unserer legendären Kampagne «Dirty Diesel». Sie befeuerte die erste Konzernverantwortungsinitiative, und mit ihr kommunizierten wir damals unseren Namenswechsel, von Erklärung von Bern zu Public Eye. Im Jahr 2016 hatten wir aufgedeckt, wie Schweizer Rohstoffkonzerne die laxen Umweltstandards in Westafrika ausnutzten, um dort gesundheitsgefährdende Treibstoffe zu verkaufen, die in Europa verboten sind. Seitdem haben einige der betroffenen Staaten ihre Schwefelgrenzwerte verschärft.

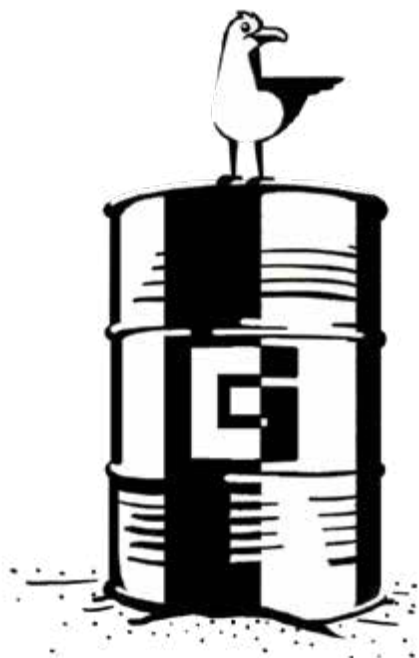
Doch auch hier häufen sich die Hinweise auf einen Rückfall von Trafigura, Vitol und Konsorten. Über Umwege betreiben die Rohstoffkonzerne diesen menschenverachtenden Handel einfach weiter. Und wieder einmal hinkt die Schweiz politisch meilenweit hinterher und weigert sich, dem Beispiel der Niederlande und Belgiens zu folgen, die Exportverbote erlassen haben. Die Politik labt sich lieber an den hohen Gewinnsteuern der Konzerne.

Agathe Duparc, Rechercheurin und Reporterin



04 Hausdurchsuchung wegen Korruptionsverdacht beim Genfer Ölhändler Gunvor

Wie Public Eye erfuhr, kam es im Mai am Hauptsitz von Gunvor zu einer Hausdurchsuchung durch die Bundesanwaltschaft. Der Grund: Der Rohstoffkonzern soll ausländische Amtsträger bestochen haben; er wurde bereits zweimal wegen Korruption verurteilt. Im aktuellen Fall geht es um einen obskuren Deal im Erdölsektor von Gabun.



14 10 Jahre Dirty Diesel: Das hat unsere Recherche bewirkt

2016 deckte Public Eye auf, wie Schweizer Rohstoffkonzerne in Westafrika gezielt lasche Umweltstandards ausnutzten, um hochgefährliche Treibstoffe zu verkaufen. Ein Blick zurück auf unsere Kampagne – und darauf, was sie ausgelöst hat.

20 Abkommen mit Malaysia: Freipass für Zwangsarbeit

Weil das Freihandelsabkommen mit Malaysia Menschen- und Arbeitsrechte nicht hinreichend schützt und den Zugang zu Medikamenten erschwert, hat Public Eye mit anderen Organisationen das Referendum dagegen lanciert.

22 Neutralitätsinitiative: Wieso Public Eye klar Nein sagt

Bei einem Ja zur Initiative würde die Schweiz zur Komplizin von Unrechtsregimes und noch stärker als bisher zur Profiteurin internationaler Konflikte. Die wichtigsten Argumente, weshalb Public Eye sich für ein deutliches Nein ausspricht.

24 «Kein Profit aus Korruption»: ermutigende Antwort der Behörden auf unsere Petition

Public Eye fordert, dass Gewinne aus Korruptionsgeschäften den Geschädigten in den betroffenen Staaten zugutekommen sollen. Das Bundesamt für Justiz scheint sich des Problems zumindest teilweise bewusst zu sein.

Genfer Innenstadt, Mitte Mai 2026.



Ohne Vorankündigung durchsucht die Bundespolizei die Räumlichkeiten einer der grössten Ölhandelsfirmen der Schweiz.

Das Unternehmen heisst Gunvor. Der Öl- und Gashändler hat 2024 laut eigenen Angaben rund 232 Millionen Tonnen Rohstoffe gehandelt und beschäftigt rund 2000 Personen weltweit. Gunvor gehört zu den fünf umsatzstärksten Konzernen der Schweiz.



Nun aber wird es für Gunvor unangenehm – sehr sogar. Die Bundesstaatsanwaltschaft ermittelt wegen Verdachts der Bestechung ausländischer Amtsträger.

Mega-Öldeal in Gabun: Gunvor erneut im Visier der Schweizer Justiz

Der Genfer Ölhändler wurde bereits zweimal wegen Korruption verurteilt. Wie Public Eye erfuhr, kam es im Mai am Hauptsitz zu einer Hausdurchsuchung, angeordnet durch die Bundesanwaltschaft. Der Grund: ein Verfahren gegen unbekannt wegen Verdachts der Bestechung ausländischer Amtsträger. Im Zentrum steht ein obskurer Megadeal im Erdölsektor von Gabun. Unter anderem wurde eine parallele Vergütungsstruktur eingerichtet, um Mittelsmänner diskret zu bezahlen. Diese sollten für Gunvor in Afrika Aufträge an Land ziehen.

TEXT: AGATHE DUPARC, ILLUSTRATIONEN: OPAK.CC

In der Branche ist mittlerweile von «New Gunvor» oder von «Gunvor 2.0» die Rede. Angespielt wird damit auf den tiefgreifenden Wandel, welchen der Genfer Rohstoffhändler 2025 durchgemacht hat. Rund 15 Mitarbeitende verliessen die Firma, die Nummer zwei ging überraschend in Pension, die Teams wurden umstrukturiert. Und nebenbei versuchte man, die ausländischen Vermögenswerte des russischen Erdölkonzerns Lukoil zu übernehmen, was aber am Widerstand des US-Finanzministeriums scheiterte. Dieses hatte das auf Ölhandel spezialisierte Genfer Unternehmen als «Marionette des Kremls» bezeichnet. 2025 verlief also alles andere als ruhig für Gunvor. Im Dezember kam dann noch der Rücktritt von Konzernchef Torbjörn Törnqvist dazu. Der 72-jährige Gründer und Hauptaktionär verkaufte seine gesamten Anteile (86 % des Kapitals) an eine Gruppe von Kaderleuten und wurde durch Gary Pedersen abgelöst. Dieser hat den Vorteil, US-Bürger zu sein.

Im neuen Kleid und mit Leichen im Keller

Auf die zunehmenden Branchenspekulationen über die Zukunft von Gunvor reagierte die Kommunikationsabteilung Ende 2025 mit der Ankündigung eines notwendigen «Neustarts [...] für ein Unternehmen, bei dem Fehlwahrnehmungen über dessen Vergangenheit zur untragbaren Belastung geworden» waren. Eine Anspielung auf die russische Vergangenheit von Gunvor und den anhaltenden Verdacht der Kremlnähe. Denn

Törnqvist hatte Gunvor zusammen mit Gennadi Timtschenko gegründet, einem Vertrauten Wladimir Putins. Neben dem «Neustart» war denn auch die Rede von einem «Generationswechsel».

Wie Public Eye rekonstruieren konnte, deckt sich dieser grosse «Reset» zeitlich mit einer schweren internen Krise: Es kamen heikle Details über den besonders undurchsichtigen Ölmarkt in Gabun ans Licht. Laut Informationen von Public Eye veranlasste dies die Bundesanwaltschaft Mitte Mai, den Genfer Hauptsitz von Gunvor durchsuchen zu lassen. Die Bundesanwaltschaft bestätigte auf Anfrage, diese Durchsuchung «im Rahmen eines gegen unbekannt eingeleiteten Strafverfahrens wegen des Verdachts der Bestechung ausländischer Amtsträger» durchgeführt zu haben. Es gehe um Ölgeschäfte in Afrika, namentlich in Gabun.

Auf Anfrage antwortete Gunvor: «Wir können zu Ihren Behauptungen keine Stellung nehmen. Wir sind fest davon überzeugt, dass Sie die Informationen falsch interpretieren.» Im Rahmen einer internen Untersuchung habe man «[...] keine Korruption oder Bestechung im Zusammenhang mit der Gabun-Transaktion festgestellt». Diese sei «unter Einhaltung der strengsten Compliance-Standards» durchgeführt worden. Diese neue Episode könnte katastrophal sein für den Konzern, der bereits zweimal wegen «Organisationsmängeln» im Zusammenhang mit Korruption verurteilt worden ist: ein erstes Mal 2019 in der Schweiz wegen Erdölgeschäften in der Republik Kongo und in der Elfenbeinküste und

Mohamed Dagdag

Unternehmensberater und Inhaber der Firma Vakana Invest mit Sitz in den Vereinigten Arabischen Emiraten und Marokko.

Pierre-Claver Maganga Moussavou

Berater und ehemaliger Vizepräsident von Gabun. Der Präsident Gabuns hat ihn mit der Suche von Investoren beauftragt.

Guillaume Letessier

Direktor von Gunvor Middle East DMCC in Dubai. Er ist zuständig für die Geschäftsentwicklung in Afrika.



15. Februar 2024:
Treffen im gabunischen Präsidentenpalast.

dann nochmals im Jahr 2024 in der Schweiz und in den USA wegen in Ecuador gezahlter Schmiergelder. In diesem zweiten Fall willigte Gunvor in eine Vereinbarung mit Schuldeingeständnis mit der US-Justiz ein. Damit verbunden war auch die Verpflichtung zur Umsetzung strenger Compliance-Verfahren. Bei Nichteinhaltung drohen neue Sanktionen.

Im Juni 2024 gelang Gunvor das Kunststück, sich als strategischer Geschäftspartner des gabunischen Staates unter Präsident Brice Clotaire Oligui Nguema zu etablieren, der durch einen Putsch an die Macht gekommen war. Er hatte im August 2023 die Herrschaft der Familie Bongo beendet, die das Land über ein halbes Jahrhundert lang regiert hatte. Sein erklärtes Ziel war es, die «Kontrolle über die nationalen Ressourcen zurückzugewinnen».

Milliardendarlehen in Gabun und Ordensverleihung

Einige Hintergründe dieses Megadeals im Erdölsektor hat das Politportal «Africa Intelligence» in einer zweiseitigen Reportage aufgedeckt. Public Eye konnte dieses Bild durch eigene Recherchen mit neuen Fakten untermauern und ergänzen.

Gunvor hatte sich gegen die ebenfalls in der Schweiz ansässigen Konkurrenten Vitol und Trafigura durchgesetzt und der Gabon Oil Company (GOC) daraufhin ein Darlehen in Höhe von einer Milliarde US-Dollar gewährt. Damit



Bereits im September 2017 hat Public Eye ein Magazin zu Gunvor publiziert. Dieses thematisierte einen Bestechungsfall in der Republik Kongo, für den der Konzern später verurteilt wurde.

**Torbjörn Törnqvist**

Mitgründer und bis Dezember 2025
Konzernchef von Gunvor. Der schwedische
Milliardär lebt in der Nähe von Genf.

**Brice Clotaire Oligui Nguema**

Staatspräsident von Gabun seit 2023. Er
will die Kontrolle über die nationalen
Ressourcen zurückgewinnen.

**FINANCIAL TIMES**

Gunvor Group Ltd

Gunvor to end use of agents to win business

Latest commodity trader to cut back on intermediaries as sector faces scrutiny from regulators.



konnte das gabunische Staatsunternehmen dem US-Fonds Carlyle die Vermögenswerte von Assala Energy abkaufen, einem der wichtigsten Ölproduzenten in Gabun. Die GOC sicherte sich damit die Kontrolle über die sechs Förderblöcke von Assala Energy mit einer Gesamtmenge von über 45 000 Barrel pro Tag, was 20 bis 25 % der Landesproduktion entspricht. Als Gegenleistung für das über fünf Jahre rückzahlbare Darlehen erhielt Gunvor das exklusive Vertriebsrecht für dieses Rohöl. Das gleiche Recht wurde dem Rohstoffhändler auch für den Vertrieb jener Erdölbarrel zugesprochen, welche die GOC als Aktionärin aus anderen Ölfeldern bezieht. Der doppelte Jackpot!

Der Vertrag zwischen Gunvor Middle East DMCC (Gunvors Filiale in Dubai) und dem Staatsunternehmen GOC sieht die Abnahme von mindestens 58 Millionen Barrel bis April 2029 vor, mit einer Marge von 0,10 US-Dollar pro Barrel, exklusive Transport- und Logistikkosten. Laut «Africa Intelligence» könnten die Gewinne von Gunvor, zusammen mit den Zinszahlungen für das Dar-

lehen, innerhalb von fünf Jahren 200 bis 250 Millionen US-Dollar betragen. Angesichts der Preisexplosion beim Erdöl dürften sie sogar noch höher ausfallen.

«Gunvor ist stolz darauf, von Gabun als Partner für diese strategische Akquisition ausgewählt worden zu sein», freute sich damals Stéphane Degenne, der Co-Leiter des Handelsgeschäfts und die Nummer zwei des Konzerns, der den Mega-Deal beaufsichtigt hatte. Sechs Tage später wurde er zusammen mit zwei weiteren Gunvor-Mitarbeitern von Präsident Oligui Nguema zum Offizier des gabunischen Nationalen Verdienstordens ernannt.

Ein Berater tritt ins Rampenlicht

Die Begeisterung sollte allerdings jäh verfliegen. Am 16. Januar 2025 erhielt Degenne eine E-Mail von Mohamed Dagdag mit dem Betreff «DRINGEND: Zahlungsaufforderung», mit Kopie an Marcellin Simba Ngabi, Generaldirektor der GOC. Public Eye konnte deren

New Maritime DMCC ist ein Seefrachtdienstleister in Dubai. Gunvor hat die Kosten für den Berater Mohamed Dagdag über dieses Unternehmen bezahlt.



Inhalt einsehen: Der französisch-marokkanische Geschäftsmann beklagt sich über eine «beunruhigende Verzögerung bei der Begleichung der festen Honorare und Erfolgsprämien» im Zusammenhang mit seinem Auftrag. Dagdags Unternehmen Vakana Invest (ab hier: Vakana) mit Sitz in den Vereinigten Arabischen Emiraten und Marokko ist auf Anlageberatung spezialisiert. Es habe «eine entscheidende Rolle bei der Vermittlung der Finanzierung des Assala-Deals» gespielt und «als führende Beratungsfirma politische Lobbyarbeit, strategisches Consulting und technische Vertretung gegenüber allen Beteiligten vereint». Mohamed Dagdag droht mit dem Gang vor Gericht, sollte seine Forderung nach gütlicher Einigung unbeantwortet bleiben. Er habe bereits mehrere Anwaltskanzleien eingeschaltet.

In der E-Mail ist von einer vorläufigen Anzeige die Rede, die bei den Gerichtsbehörden in Dubai eingereicht worden sei. Das auf Arabisch und Englisch verfasste Dokument, das Public Eye ebenfalls einsehen konnte, besagt, dass Gunvor Mohamed Dagdag einen

Betrag von 13,238 Millionen US-Dollar schulde. Eine Summe, die sich heute einschliesslich Verzugszinsen auf über 16 Millionen US-Dollar belaufen würde.

Handelt es sich um einen Bluff, wie so oft bei grossen Erdöldeals, in deren Umfeld sich alle möglichen Abenteurer tummeln? Oder ist es der Beweis dafür, dass Gunvor trotz gegenteiliger Versprechen weiter auf Mittelsmänner setzt?

Nulltoleranz gegenüber Bestechung versprochen

Ende des Jahres 2020 hatte der Konzern mit anderen Schweizer Rohstoffhändlern wie Trafigura und Glencore gleichgezogen und öffentlich erklärt, künftig auf Vermittler zu verzichten. Solche Mittelsmänner oder Berater sind bekannt dafür, dass sie gut informiert sind und zum Teil Geschäftsabschlüsse ermöglichen können – manchmal mithilfe dubioser Mittel wie Schmiergeldzahlungen an staatliche Angestellte. Die Justizbehörden in der Schweiz und in den USA konnten nachweisen, dass Gunvor in Ecuador über zwei Erdölberater hoch-

rangige Beamte bestochen hatte (siehe Public Eye Magazin vom April 2024).

Damals kündigte Konzernchef Torbjörn Törnqvist an, die Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen, und versprach, das Unternehmen werde künftig alles tun, um seine Compliance-Richtlinien nach dem Nulltoleranzprinzip umzusetzen. «Wenn wir dadurch Aufträge verlieren sollten, dann ist es eben so», fügte er grossmütig hinzu. Nach Informationen von Public Eye wurde dieser Grundsatz zumindest in Gabun jedoch nicht eingehalten.

Organisator eines Treffens mit dem Präsidenten

Verschiedene Hinweise belegen, dass Mohamed Dagdag tatsächlich eine Vermittlerrolle bei der Vergabe des Auftrags in Gabun gespielt hat – zumindest in der Anfangsphase des Projekts.

Wie «Africa Intelligence» aufgedeckt hat und Public Eye verifizieren konnte, hatte er im Januar 2024 ein Abendessen in Paris organisiert: Eingeladen waren zwei Mitarbeiter von Gunvor, darunter Guillaume Letessier, der zu dieser Zeit für die Geschäftsentwicklung

Der Vertreter von Gunvor folgt der Einladung seitens des Unternehmens allein, obwohl gemäss einer Regel bei Gunvor solche Treffen mit politisch exponierten Personen immer zu zweit stattfinden sollten.

in Afrika zuständig und Direktor von Gunvor Middle East DMCC in Dubai war. Der Mann arbeitete unter der Leitung von Stéphane Degenne. Ziel war, den Gunvor-Leuten einen äusserst wertvollen Kontakt vorzustellen, nämlich den ehemaligen Vizepräsidenten von Gabun, Pierre-Claver Maganga Moussavou, der damals über ein Sondermandat des Präsidenten zur Investorensuche verfügte.

Zehn Tage später schickt die gabunische Präsidentschaft ein Einladungsschreiben an die beiden Gunvor-Leute, die bei diesem Abendessen waren, und eine dritte Mitarbeiterin des Konzerns. Darin heisst es, ihr Interesse an einer Partnerschaft für Investitionsprojekte in Gabun sei über Herrn Mohamed Mao Dagdag an Präsident Oligui Nguema weitergeleitet worden.

Am 15. Februar 2024 wird Guillaume Letessier im Präsidentenpalast empfangen, zusammen mit dem ehemaligen Vizepräsidenten Pierre-Claver Maganga Moussavou sowie Mohamed Dagdag. Der Vertreter von Gunvor folgt der Einladung seitens des Unternehmens allein, obwohl gemäss einer – damals noch informellen – Regel bei Gunvor solche Treffen mit poli-

tisch exponierten Personen immer zu zweit stattfinden sollten. Das Gespräch dreht sich hauptsächlich um die Finanzierung des Kaufs der Vermögenswerte des Ölproduzenten Assala. Es ist aber auch von Strassenbauprojekten die Rede, die von Mohamed Dagdags Firma Vakana unterstützt werden sollen.

Die gabunische Präsidentschaft zeigt sich zufrieden. Sie postet in den sozialen Medien diverse Fotos zu diesem Treffen sowie ein Video auf Youtube, in dem der Gunvor-Manager eine kleine Ansprache hält. Verschiedene gabunische Medien berichten.

Vier Tage später richtet sich der gabunische Präsident direkt an Gunvor-CEO Torbjörn Törnqvist: «Ich habe die Ehre, Sie für einen Aufenthalt vom 21. bis 25. Februar 2024 in Libreville einzuladen, um die Gespräche über Ihr Partnerschaftsangebot fortzusetzen», heisst es in diesem Schreiben, in dem erneut die Vermittlerrolle von Dagdag erwähnt wird.

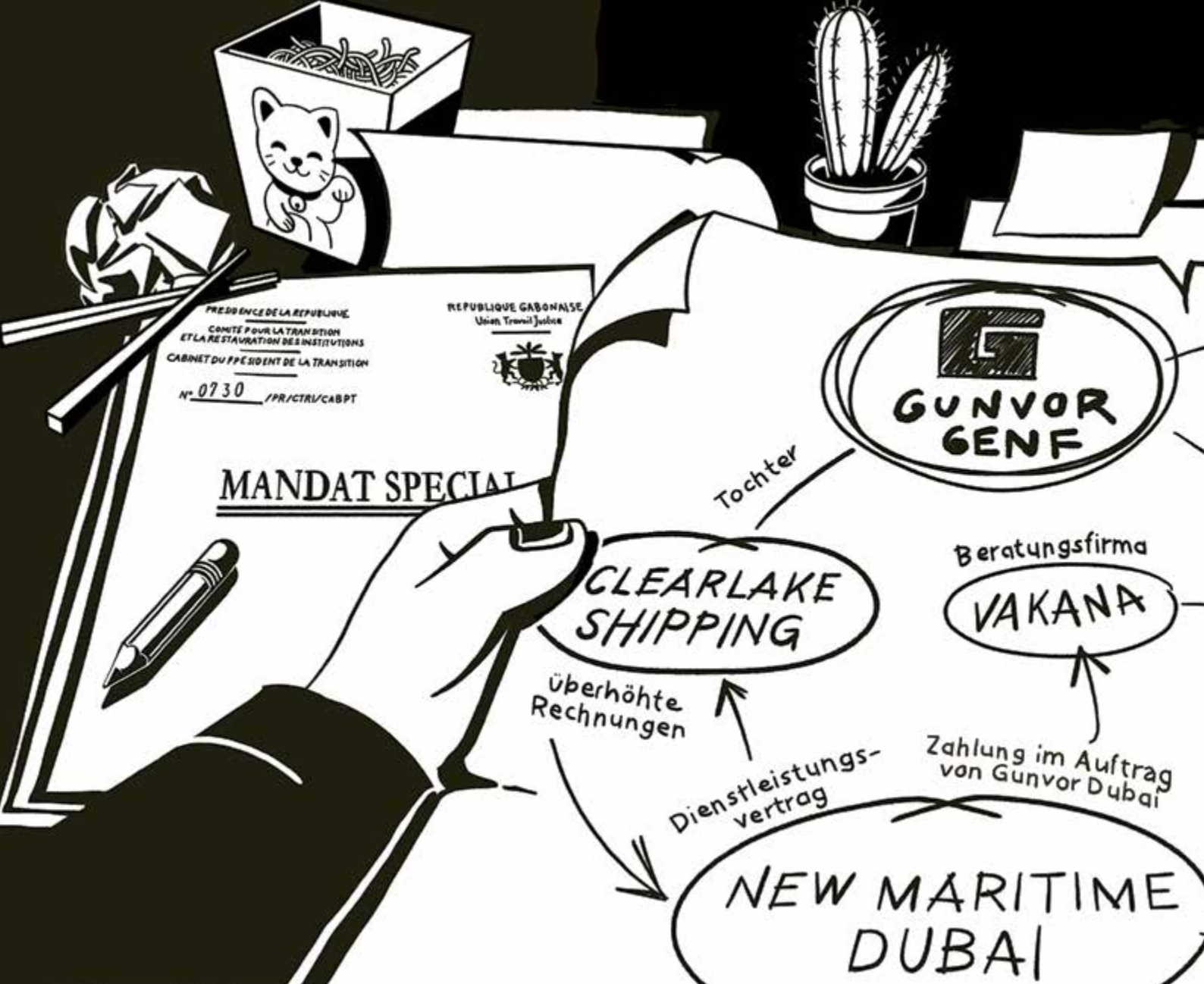
Dieses Treffen findet zwar nicht statt, mit dem Geschäftsabschluss geht es dennoch schnell voran. Laut dem Portal «Africa Intelligence» verhandelte Gunvor mit GOC-Generaldirektor Marcellin Simba Ngabi und sicherte sich schliesslich den fantastischen Deal.

War der französisch-marokkanische Berater noch bis zur Auszahlung des Milliardenkredits im Juni 2024 mit von der Partie? Public Eye konnte diese Frage nicht klären.

Ein lukrativer Dienstleistungsvertrag

Sicher ist hingegen, dass sich Dagdag auf eine Rahmenvereinbarung beruft, die am 14. Februar, also am Vorabend des Treffens mit dem Präsidenten, zwischen Gunvor Middle East DMCC und Vakana abgeschlossen worden sei. In diesem 12-Punkte-Vertrag, den Public Eye einsehen konnte, verpflichtet sich die Firma Vakana Investment in Commercial Enterprises & Management Co. L.L.C. (vollständiger Name des Unternehmens), vertreten durch Mohamed Dagdag, Beratungsleistungen, Analysen und technische Unterstützung für das Assala-Projekt zu erbringen. Artikel 2 nennt eine Vergütungsspanne von 3400 bis 5100 US-Dollar pro Tag sowie bei Abschluss des Geschäfts eine Erfolgsprämie von 1,25 % des Gesamtbetrags der in Öl- und Energieanlagen getätigten Investitionen.

Gemäss der Vereinbarung kann Vakana für die Erbringung von Dienstleistungen auf Dritte (Subunternehmer) zurückgreifen. Zur Vergütung der Firma Vakana und ihres Vertreters könne Gunvor andere Geschäftsstrukturen nutzen, hält der Vertrag weiter fest. Dieses System des Drittzahlers ist zwar nicht gesetzeswidrig, aber sehr intransparent. Das Dokument ist als vertraulich gekennzeichnet und trägt den Stempel von Gunvor Middle East DMCC sowie die Unterschrift des damaligen Direktors des Ablegers in Dubai, Guillaume



Letessier. Es wird auch in der ein paar Monate später erfolgten Meldung an die Gerichtsbehörden in Dubai aufgeführt.

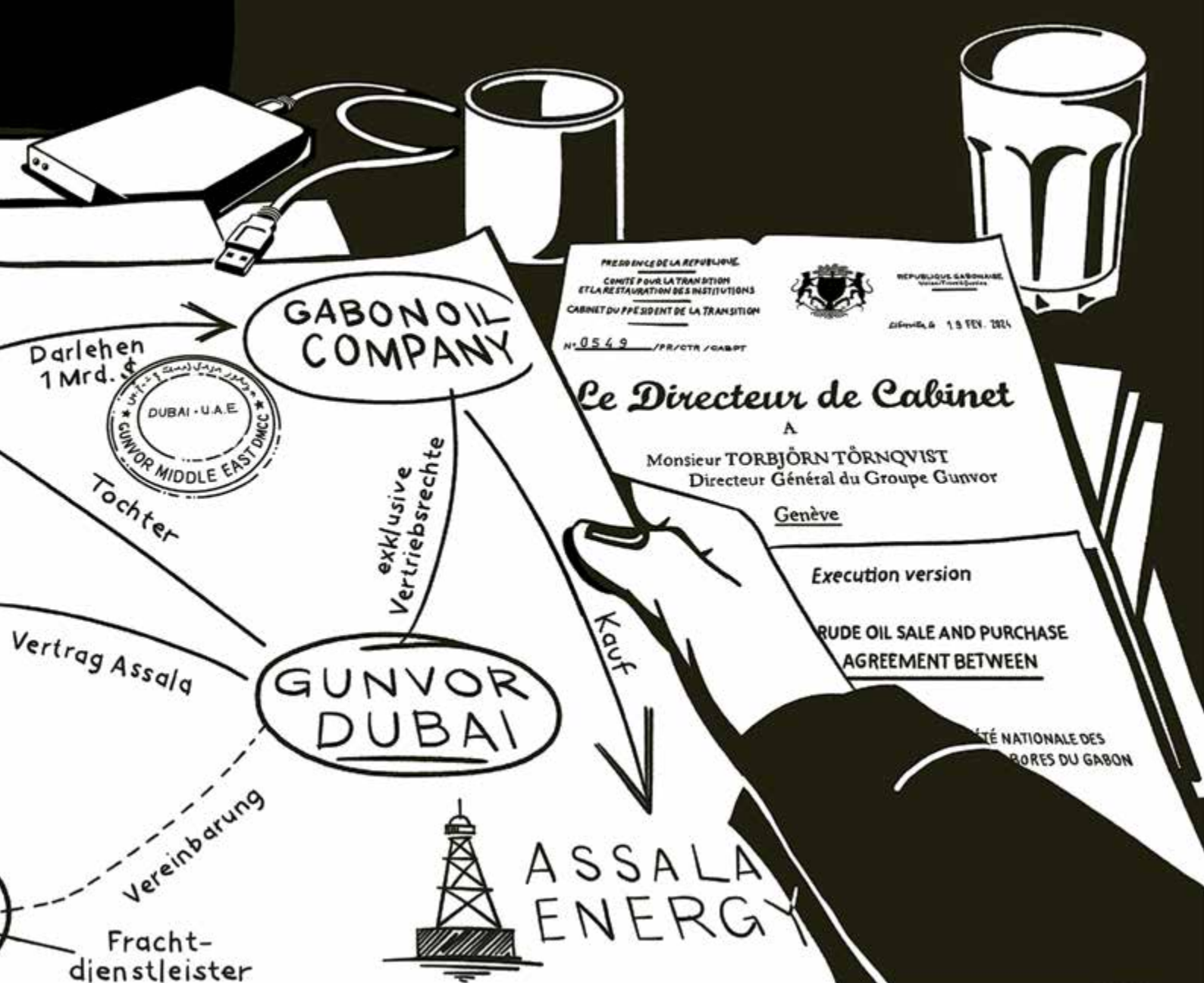
Vergütung über einen Seefrachtdienstleister

Bald einmal stellt sich die Frage nach dem Honorar. Per WhatsApp erwähnt Dagdag am 9. Februar 2024 – also wenige Tage vor dem Treffen mit dem gabonischen Präsidenten – die Hotel- und Flugkosten, die seiner Firma Vakana für die Reise nach Libreville entstanden sind, sowie die «Repräsentationskosten für die Dienstreise (ich)». Die Nachricht ist an Gunvor-Mann Guillaume Letessier gerichtet. Dieser antwortet: «Schick mir eine Gesamtrechnung, ich werde das anderweitig begleichen lassen. Adresse: New Maritime DMCC.»

New Maritime DMCC? Dieses seit 2017 in Dubai ansässige maritime Dienstleistungsunternehmen hatte sich 2015 ursprünglich in Genf niedergelassen, wo es nach wie vor seine Hauptniederlassung hat. Die in

Händlerkreisen gut bekannte Gruppe bietet eine ganze Reihe von Services an: Überwachung des Anlegens von Frachtschiffen, Begleichung von Kai- und Hafengebühren und Unterstützung bei der Dokumentenverwaltung. Gemäss den Informationen von Public Eye arbeitet Gunvors Schifffahrtstochter Clearlake Shipping, die Tanker chartert, regelmässig mit New Maritime DMCC zusammen. Im April 2022 stellte der Seefrachtdienstleister zum Beispiel eine Rechnung über mehr als 132 000 US-Dollar an Clearlake Tallinn aus – für das Entladen eines Tankers mit Erdölprodukten im Hafen von Walvis Bay in Namibia und zahlbar auf deren UBS-Konto in Carouge in der Schweiz. Die Vergütung eines für Gunvor tätigen Beraters gehört jedoch offensichtlich nicht zu den Aufgaben eines solchen Dienstleisters.

Public Eye konnte eine Rechnung vom 22. Februar 2024 über einen Gesamtbetrag von 51 250 Euro einsehen, die Dagdags Firma Vakana an New Maritime DMCC in Dubai geschickt hatte: 20 000 Euro für «Beratung und



Strategie/Lobbying» sowie 22 750 Euro für «Flugreise, Transport, Taxi, Hotel», dazu 8500 Euro Mehrwertsteuer. Am 2. März folgte bereits die erste Mahnung dafür.

Der Mittelsmann soll im Schatten bleiben

Doch dann gerieten die Dinge offenbar ins Stocken. Wie Public Eye erfahren hat, sorgte sich die Compliance-Abteilung von Gunvor in Genf um mögliche Reputationsrisiken im Zusammenhang mit dem ersten Empfang im Präsidentenpalast vom Februar 2024. Es war nämlich nicht geplant, dass Informationen darüber an die Öffentlichkeit gelangen. Der Rohstoffhändler sei vor vollendete Tatsachen gestellt worden. Auf den Fotos sieht man Mohamed Dagdag, der dem Präsidenten die Hand reicht, während der Gunvor-Mitarbeiter etwas im Hintergrund steht. Das wirft Fragen auf.

Daher soll sich Gunvor abgesichert und den Mittelsmann gebeten haben, eine Verzichtserklärung zu unterzeichnen. Dies mit dem Versprechen, eine andere

Zahlungslösung zu finden. Um ihn zu überzeugen, wurde angeblich das schlagkräftige US-Justizministerium ins Spiel gebracht: Dessen Durchgreifen sollte unbedingt vermieden werden. Schliesslich hatte Gunvor bei seiner Verurteilung im Ecuador-Fall im März 2024 ein Schuldbekenntnis und eine Vereinbarung zur Verbesserung der Compliance unterzeichnen und eine Strafe von über 661 Millionen US-Dollar zahlen müssen. In den 23 Punkten des Anhangs der Vereinbarung mit dem US-Justizministerium ist der Einsatz von «Vermittlern» oder «Geschäftspartnern» nicht verboten. Es braucht dafür jedoch, «sofern notwendig und angemessen», strenge Leitplanken wie regelmässige Schulungen, explizite Antikorruptionserklärungen und -verpflichtungen in den Verträgen, oder das Anrecht, «die Bücher und Aufzeichnungen des Vermittlers» zu prüfen. Nichts davon scheint im Fall Mohamed Dagdag umgesetzt worden zu sein.

Dieser gibt schliesslich nach: Am 5. April 2024 bestätigt er in einem Schreiben an Gunvor, das Pub-

Die Stellungnahmen der Betroffenen

Public Eye hat Gunvor eine Liste mit detaillierten Fragen zukommen lassen. Die Antwort des Unternehmens geben wir hier vollständig wieder: «Aufgrund von Vertraulichkeitsverpflichtungen und der knappen Zeit, die uns zur Prüfung Ihrer Anfrage zur Verfügung steht, ist Gunvor nicht in der Lage, Ihre Fragen zu beantworten. Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass einige Ihrer Aussagen falsche Informationen enthalten. Wir möchten daran erinnern, dass Gunvor im November 2020 die Zusammenarbeit mit Geschäftsvermittlern eingestellt hat und diese Richtlinie seitdem im Rahmen seines Compliance-Systems strikt umsetzt. Nach einer eingehenden internen Untersuchung bestätigt Gunvor, dass die Assala-Transaktion unter Einhaltung strengster Compliance-Standards durchgeführt wurde.»

Guillaume Letessier antwortete auf unsere Anfrage, er wolle sich zu diesem Thema nicht äussern. Sein ehemaliger Vorgesetzter, Stéphane Degenne, hat gar nicht reagiert.

Auf die Frage nach seiner Rolle hat uns Mohamed Dagdag folgende Antwort zukommen lassen: «Ich wurde von Gunvor Middle East DMCC beauftragt, das Unternehmen im Rahmen des Assala-Projekts in Gabun zu begleiten, mit dem Auftrag, es in technischen, kommerziellen und finanziellen Belangen zu beraten. Die in Ihren Fragen erwähnte Verzichtserklärung wurde vollständig von Gunvor DMCC initiiert. Ich wurde aufgefordert, sie zu unterzeichnen, um gemäss den Vertragsbedingungen vergütet zu werden. Ich betrachte mich heute als Opfer, und mein Unternehmen wurde in dieser Angelegenheit geschädigt. Ein Gerichtsverfahren ist hängig, und ich beabsichtige, meine Rechte vor den zuständigen Gerichten in vollem Umfang geltend zu machen. Auf Anraten meiner Anwälte, die mich auf die Vertraulichkeitsklausel der mit Gunvor unterzeichneten Rahmenvereinbarung hinweisen, und angesichts des laufenden Verfahrens werde ich keine weiteren Kommentare abgeben.»

Der ehemalige Vizepräsident Pierre-Claver Maganga Moussavou antwortete uns: «Meine Rolle endete, sobald ich Gunvor mit dem gabunischen Staat in Kontakt gebracht und mich vergewissert hatte, dass alles in Ordnung war. Ich habe keinerlei Vergütung erhalten.»

Der Geschäftsführer der New Maritime Group hat unsere Fragen nicht beantwortet.

Public Eye in Kopie vorliegt, dass weder er noch sein Unternehmen Vakana im Auftrag oder im Namen von Gunvor oder einer ihrer Filialen/Tochtergesellschaften handeln oder gehandelt hätten, dass sie niemals das Angebot erhalten hätten, als Vermittler für die Gunvor-Gruppe zu arbeiten, und schliesslich, dass ihnen keinerlei Vorteile angeboten oder versprochen worden seien.

Verrechnung über Scheinfirmen

Die Situation ist paradox: Einerseits besteht ein Dienstleistungsvertrag zwischen Vakana und Gunvor Middle East DMCC; andererseits wird in einer ordnungsgemäss unterzeichneten und an Gunvor gerichteten Verzichtserklärung versichert, dass Mohamed Dagdag und sein Unternehmen nie für den Konzern gearbeitet, kein Angebot erhalten und kein Geld gesehen hätten.

Weiterhin fordert Mohamed Dagdag die Übernahme seiner Kosten, um seine Identität zu verschleiern, jedoch über Offshore-Gesellschaften. So stellt die in Singapur ansässige Blueco Ship Management am 10. Mai 2024 der Firma New Maritime DMCC einen Betrag von 25 000 US-Dollar in Rechnung, zahlbar auf ein Konto bei der Hongkonger Filiale der Bank Standard Chartered. Als Zahlungszweck ist «Commercial Marketing and Logistic Services» von Januar bis März 2024 vermerkt.

Doch es geht nicht vorwärts. Ende Mai 2024 beschwert sich Dagdag in einer E-Mail, die Public Eye einsehen konnte, beim Chef von New Maritime darüber, dass er eine versprochene Zahlung nicht erhalten habe. Am 6. Juni 2024 schickt er diesem in sechs Anhängen Rechnungen, auf denen die Namen verschiedener Unternehmen, darunter Blueco, aufgeführt sind. Nach Informationen von Public Eye soll er über diesen undurchsichtigen Mechanismus knapp 70 000 US-Dollar erhalten haben.

Der Brief eines Genfer Anwalts

Doch der Berater gibt sich mit diesen Beträgen nicht zufrieden. Nach der Unterzeichnung des Öldeals in Gabun macht er gegenüber Guillaume Letessier, seinem wichtigsten Ansprechpartner bei Gunvor, Forderungen in Millionenhöhe geltend. Trotz der Verzichtserklärung vom 5. April 2024 verbreitet er drei Monate später eine Medienmitteilung, in der die Rolle von Vakana beim Geschäft mit Gabun hervorgehoben und mit zwei Fotos illustriert wird. Die Publikation ist auf seinem LinkedIn-Profil abrufbar.

Mittlerweile hat Mohamed Dagdag einen Genfer Anwalt eingeschaltet. Am 20. November 2024 schreibt dieser an die private E-Mail-Adresse von Guillaume Letessier: «Meine Mandanten [Anm. d. Red.: die Firma Vakana Investment in Commercial Enterprises & Management und ihr Vertreter Mohamed Dagdag] teilen mir mit, dass sie im Zusammenhang mit dem Erwerb

des Erdölproduzenten Assala gegenüber Gunvor Vergütungsansprüche geltend machen; sie verfügen über ein solides und gut dokumentiertes Dossier, das hauptsächlich aus WhatsApp-Nachrichten, Sprachnachrichten und Zeugenaussagen besteht.» In dem Schreiben wird in Aussicht gestellt, man werde sich möglicherweise direkt an das Gunvor-Team in Genf wenden, insbesondere an Torbjörn Törnqvist und Stéphane Degenne, sowie an die zuständigen Justizbehörden.

Panik bei Gunvor

Nach Informationen von Public Eye soll Stéphane Degenne von diesem Schreiben in Kenntnis gesetzt worden sein und seinem Untergebenen geraten haben, die Compliance-Abteilung nicht zu informieren und den französisch-marokkanischen Geschäftsmann mit Unterstützung des gabunischen Präsidenten abzuweisen. Umso mehr, als noch zwei weitere Mittelsmänner mit zweifelhaftem Hintergrund Ansprüche geltend machten, wie «Africa Intelligence» enthüllte. Diese beiden geben jedoch bald auf, im Gegensatz zu Mohamed Dagdag. Im Januar 2025 bringt dessen eingangs erwähnte Zahlungsaufforderung die Lage zum Eskalieren.

Nun sieht sich Degenne gezwungen, Alarm zu schlagen. Der Fall wird an die Compliance-Abteilung sowie an Jean-Baptiste Leclercq, Leiter der Rechtsabteilung, weitergeleitet. Der seit 2011 bei Gunvor tätige Chefjurist ist für das Konzernprogramm «Recht, Compliance und Ethik» zuständig und überstand die beiden bisherigen Korruptionsskandale unbeschadet. Zugleich ist er Verwaltungsratspräsident und Geschäftsführer der Firma Clearlake SA, der Genfer Niederlassung von Clearlake Shipping, die mit dem Dienstleister New Maritime zusammenarbeitet.

Es wird eine interne Prüfung eingeleitet, die klären soll, ob es beim Gabun-Deal zu Korruption gekommen ist. Anfang Februar 2025 wird Guillaume Letessier entlassen. Ende März gibt sein Vorgesetzter Stéphane Degenne bekannt, sich vorzeitig pensionieren zu lassen. Ein unerwarteter Schritt für den erst 56-Jährigen, der seit 2007 eine zentrale Rolle bei Gunvor spielte. Sein Name war im Fall der Republik Kongo und von Ecuador aufgetaucht, aber ohne dass er von der Justiz belangt wurde. Die Leiterin der Abteilung für strukturierte Finanzierungen, die am Gabun-Geschäft mitgearbeitet hatte, reicht im Juni 2025 ebenfalls ihre Kündigung ein. Und im Juli wird schliesslich Gunvor Middle East DMCC praktisch aufgelöst, denn die gesamte Führungsriege hatte gekündigt.

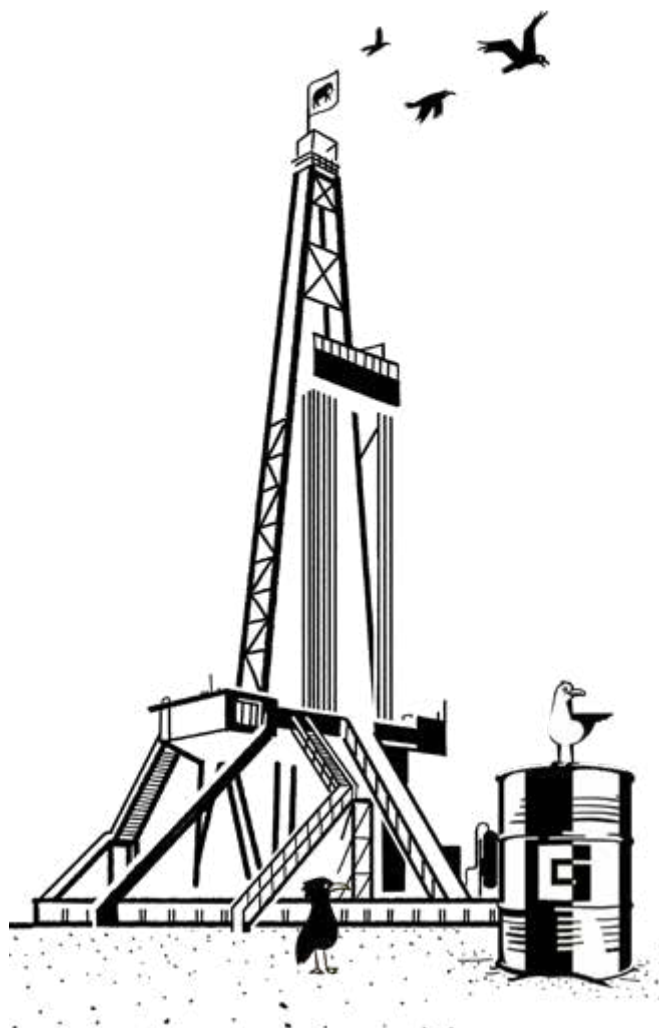
Zur gleichen Zeit verlassen etwa zehn Personen, die nichts mit dem Fall in Gabun zu tun haben, den Rohstoffriesen. Dessen Kommunikationsabteilung spricht von einem Generationswechsel. Bei der Geschäftsleitung von Gunvor herrscht grosse Unruhe. Denn über

den Fall Gabun hinaus geht es möglicherweise um eine systematische Umgehung von Compliance-Vorschriften, die nun ans Licht kommen könnte.

Künstlich aufgeblasene Kosten

Gemäss Public Eye vorliegenden Informationen soll die Firma New Maritime in den letzten Jahren nämlich zur Bezahlung weiterer Mittelsmänner oder Handelsvertreter genutzt worden sein, die im Hintergrund für Gunvor tätig waren. Mehrere Quellen haben Public Eye beschrieben, wie dieses System funktionieren soll: New Maritime soll Clearlake Shipping – die Schifffahrtstochter von Gunvor – Entladekosten in einem bestimmten Hafen in Rechnung gestellt haben. Von den künstlich aufgeblasenen Kosten soll die Differenz vom Seefrachtdienstleister New Maritime einbehalten worden sein, um diverse Rechnungen für Gunvor zu begleichen.

Solche Praktiken stellen die Ernsthaftigkeit des Engagements des Konzerns in der Bekämpfung der Korruption infrage, der dafür bereits zweimal von der Justiz verurteilt wurde. Und dem in der Schweiz möglicherweise ein drittes Verfahren droht. Kann man wirklich noch von «Gunvor 2.0» sprechen? ■





© Mark Henley/Paros

10 Jahre Dirty Diesel: eine ikonische Kampagne mit Witz und viel Wirkung, ausser (natürlich) in der Schweiz

2016 zeigte Public Eye, wie Schweizer Rohstoffkonzerne gezielt lasche afrikanische Umweltstandards ausnutzen, um dort stark gesundheitsgefährdende Treibstoffe zu verkaufen, die sie auch noch selbst produzieren. Es war eine unserer intensivsten Recherchen und innovativsten Kampagnen; sie befeuerte die Konzernverantwortungsinitiative, und mit ihr kommunizierten wir unseren Namenswechsel. Dirty Diesel hatte massiven Impact, bislang jedoch primär im Ausland. Zeit für einen Blick zurück auf toxische Doppelstandards, eine coole Containeraktion und Schweizer Untätigkeit.

OLIVER CLASSEN

Der Ausgangspunkt der Dirty-Diesel-Saga liegt nochmals fast zehn Jahre weiter zurück als der Kampagnenstart: In den frühen Morgenstunden des 20. August 2006 leerten ein Dutzend Lastwagen die Abwasserkammern des Tankers «Probo Koala» und verteilten die penetrant nach verfaulten Eiern stinkende Masse auf offenen Deponien der ivoirischen Hafenmetropole Abidjan. Seitdem steht der Name des damals vom Konzern Trafigura gecharterten Öltankers für den heute noch unvergessenen Super-GAU der Rohstoffbranche. Die Folgen der Entsorgungsaktion waren dramatisch: Innert Stunden

litten über 100 000 Menschen unter Atemproblemen, Sehstörungen und Verbrennungen. Später sprach ein UNO-Bericht offiziell von 17 Toten, 69 Hospitalisierungen und Zehntausenden Vergiftungsfällen.

In unserem Buch «Rohstoff: Das gefährlichste Geschäft der Schweiz», das 2011 erstmals etwas Licht in den intransparenten Hochrisikosektor brachte, hatten wir auch diesen Giftmüllskandal ausführlich aufgearbeitet. «Jahre später sind zwar viele Zusammenhänge klarer, einige zentrale Fragen aber weiter offen», heisst es dort. Die mit Abstand wichtigste war: Verbirgt sich



hinter diesem epochalen Umweltvergehen ein toxisches Geschäftsmodell? Erste Abklärungen zeigten, dass die in Abidjan gestrandete Ölschlacke das Abfallprodukt eines petrochemischen Prozesses war, mit dem in europäischen Raffinerien oder auf hoher See für Westafrika bestimmte Treibstoffe produziert werden. Und: Diese laufen im Branchenjargon unter dem Begriff «African Quality» oder dem noch zynischeren «Jungle Juice» und verletzen wegen ihres extrem hohen Schwefelgehalts systematisch das Recht auf Gesundheit der dortigen Bevölkerung.

Massiv höhere Raten an Atemwegserkrankungen

Besonders in den urbanen Zentren gelten Schwefel und andere Schadstoffe wie Benzol als Hauptfaktoren einer chronischen Luftverschmutzung, die massiv höhere Raten an Atemwegserkrankungen bis hin zu Lungenkrebs zur Folge hat als etwa in europäischen Ballungsräumen. Auch der nächste Rechenschritt brachte erschreckende Ergebnisse: Als Hauptimporteure dieses Dirty Diesel agierten in Westafrika nämlich Schweizer Rohstoffhändler, manche sogar mit eigenem Tankstellennetz. Plus: Eine dieser Firmen war wiederum die offenkundig unbelehrbare Trafigura. Aber auch der grosse Konkurrent Vitol und die weniger bekannte Addax & Oryx schlugen systematisch Profit aus schwachen Regulierungen. Diese erlaubten im Schnitt etwa 200-mal (!) mehr Schwefel im Diesel als bei uns und in anderen westlichen Industrieländern. In einzelnen westafrikanischen Ländern lag dieser gesetzliche Grenzwert gar 1000-mal höher. →

Der Dieselgate-Skandal

Im Jahr 2015 machte «Dieselgate» weltweit Schlagzeilen, in denen es zunächst um Diskrepanzen zwischen den Labor- und den realen Emissionen von Dieselfahrzeugen ging, was dann im Volkswagen-Abgasskandal mündete. Aufgedeckt wurde er von der US-amerikanischen Nichtregierungsorganisation ICCT, mit der wir bei Dirty Diesel auch kooperierten.

Unsere NGO-Partner vor Ort

Ohne die Unterstützung von teils regionalen, teils nationalen Organisationen aus Benin, der Elfenbeinküste, Ghana, Mali, Nigeria, dem Senegal oder Togo hätte unsere Kampagne nie diesen Impact gehabt. David Ugolor vom nigerianischen Africa Network for Environment and Economic Justice meint rückblickend: «Dank Dirty Diesel wurden wichtige Fortschritte bei den Standards für sauberere Kraftstoffe in ganz Westafrika erzielt. Regulierung allein reicht aber nicht aus. Deren Durchsetzung, unabhängige Überwachung und eine stärkere Rechenschaftspflicht sind genauso unerlässlich.»



© Géraldine Viret



© Mark Henley/Panos Pictures



© Mark Henley/Panos Pictures



© Mark Henley/Panos Pictures

Skandalöse Doppelstandards ausgenutzt

Trafigura & Co lieferten und verkauften diese Treibstoffe aber nicht nur; zur Optimierung ihrer Gewinnmarge produzierten sie das giftige Gemisch auch gleich selbst. Und zwar per «Blending» hauptsächlich in der sogenannten ARA-Zone (Amsterdam-Rotterdam-Antwerpen), wo die Schweizer Handelskonzerne über die dafür notwendigen Raffinerien und Tanklager verfügen. Aber wo der Vertrieb dieser Treibstoffe natürlich illegal wäre.

Genauso zynisch ist die Tatsache, dass sie zur Herstellung der «African Quality» schwefelarmes Rohöl verwendeten, das sie zuvor aus denselben Ländern exportiert hatten, in die sie die schwefelreichen Endprodukte dann reimportierten. Denn die Förderländer verfügen zwar über das Rohöl, nicht aber über Raffineriekapazitäten. Und dafür kassierten die Händler häufig auch noch staatliche Subventionen. Dirty Diesel steht deshalb für eine besonders skrupellose und für die betroffene Bevölkerung fatale Ausnutzung von Doppelstandards, wie wir sie mit unserer Arbeit immer wieder offenlegen und bekämpfen. Selten aber war ein Schweizer Geschäftsmodell so perfide und zugleich perfekt, wie die alle ethischen Werte verhöhrende Wertschöpfungskette von Dirty Diesel.

Beweissicherung direkt an den Zapfsäulen

Der nächste und entscheidende Schritt war die Beweissicherung vor Ort. Dazu beschafften wir uns unter teils abenteuerlichen Bedingungen in acht Ländern repräsentative Produktproben – von Angola über Ghana bis nach Senegal. Und zwar direkt an den Zapfsäulen jener Tankstellen, die Tochterfirmen der besagten Rohstoffkonzerne entweder gehörten oder die sie exklusiv belieferten. Die «Rundschau» von SRF und «Temps présent» von RTS griffen unsere Enthüllungen auf und erreichten dank hervorragender Einschaltquoten ein breites Publikum. Im Zentrum ihrer Reportagen und der breiten internationalen Empörungswelle, insbesondere in den betroffenen westafrikanischen Staaten, stand ein schockierender Befund: Die 25 analysierten Dieselpben wiesen einen bis zu 378-mal höheren Schwefelgehalt auf, als bei uns erlaubt ist. Zudem enthielten sie weitere toxische Substanzen, die in Europa ebenfalls verboten sind.

Die Kampagne, mit der wir diesen Skandal öffentlich und Druck auf die dafür Verantwortlichen in Firmen und Politik machten, war fast so aufwendig wie die in

Die Kampagne «Return to Sender» im Zeitraffer: Beweissicherung vor Ort, Transport des Überseecontainers voller Kanister mit Dreckluft aus der ghanaischen Hauptstadt Accra, Übergabe der Kanister an Trafigura in Genf unter Begleitung von Trommlern aus Burkina Faso.



einem 160-seitigen Report dokumentierte Recherche. Und sie entstand ebenfalls in enger Kooperation mit unseren afrikanischen Partnerorganisationen. Physisches Herzstück war ein Überseecontainer, den wir von Accra via Antwerpen bis nach Genf transportierten – erst drei Wochen per Schiff, dann per Lastwagen und mit durchgängigem Live Tracking auf der Kampagnen-Website. Die aufsehenerregende Aktion lief unter dem Motto «Return to Sender» (Zurück an den Absender), weil im grossen Container viele kleine Plastikkanister steckten, in denen Bewohner*innen der ghanaischen Hauptstadt die Dreckluft ihrer verkehrsgeplagten Metropole gesammelt hatten, um sie in die «saubere» Schweiz zurückzuschicken. Genauer: an die Adresse von Trafigura.

Ein Container voller Dreckluft für Trafigura

Knapp acht Wochen nach Kampagnenstart deponierten wir den Container, der das neue Design von Public Eye trug, vor den Genfer Büros des Unternehmens – begleitet von vier Trommlern aus Burkina Faso und Dutzenden von Aktivist*innen. Zusammen mit dieser starken Botschaft der direkt Betroffenen übergaben wir Trafigura eine von fast 20 000 Menschen unterschriebene Petition. Darin wurde der Rohstoffriese aufgefordert, statt Dirty Diesel künftig auch in Afrika nur noch Treibstoffe zu verkaufen, die europäischen Standards genügen. So schloss sich der Kreis vom historischen Probo-Koala-Skandal zum nicht minder skandalösen Dirty-Diesel-Geschäftsmodell und zu seinen weiterhin aktuellen Konsequenzen.

Trafigura nahm unser Protestschreiben zwar entgegen, versteckte sich aber hinter der Legalität seines toxischen Treibens und der Zuständigkeit afrikanischer Regierungen. Und damit war der Genfer Trader nicht allein: Die von unseren Enthüllungen genauso betroffenen Vitol, Glencore, Addax & Oryx und Mercuria stellten ihre Profitmargen in Afrika ebenfalls weiter über die Gesundheit von Millionen von Menschen. Diese ignorante bis arrogante Haltung, die zuvor schon viele andere Recherchen dokumentiert hatten, resultierte in miserablen Imagewerten der Rohstoffbranche. Kein Wunder, galt diese fortan als riesiges Reputationsrisiko für die Schweiz. Dies manifestierte sich besonders im Kontext der fast zeitgleich mit der Dirty-Diesel-Kampagne eingereichten ersten Konzernverantwortungsinitiative (KVI), deren Annahme weitreichende Konsequenzen auch für die Rohstoffkonzerne in Genf und Zug gehabt hätte.

Durch die von Beginn an sehr populäre KVI wurde der höchst verschwiegene Rohstoffhandel plötzlich zum politischen Topthema. Das schrie förmlich nach kommunikativen Gegenmassnahmen durch die umsatzstärksten und bislang verschwiegensten Firmen des Landes. Und davon gab es gleich ein paar: Parallel zur Gründung einer nationalen Organisation durch die regionalen Branchenverbände in Genf, Zug und Lugano publizierte Trafigura seinen ersten Nachhaltigkeitsbericht und trat zugleich der «Extractive Industries Transparency Initiative» (Eiti) bei, einer Allianz von Staaten, Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen, welche die Korruption

in rohstoffreichen, aber einkommensarmen Ländern mit freiwilligen Massnahmen eindämmen will. Die Bekämpfung dieses sogenannten Rohstofffluchs steht bis heute im Zentrum unserer Arbeit zu diesem einflussreichen Problemsektor, der sich immer wieder erfolgreich gegen gesetzliche Regulierungsversuche seiner umstrittenen Aktivitäten wehrt.

In Westafrika fallen die Grenzwerte

Umso erstaunlicher und erfreulicher: Der starke öffentliche Druck bewegte die Regierung von Ghana schon Ende 2016 zur Ankündigung einer drastischen Senkung des nationalen Schwefelgrenzwerts. Nigeria, Benin, Togo und die Elfenbeinküste zogen bereits kurz darauf nach und stellten eine Verschärfung ihrer laschen Schwefelstandards um das 60- bis 200-Fache in Aussicht, von 3000 auf neu 50 ppm (parts per million), in Togo gar von 10 000 auf 50 ppm. Zum Vergleich: Der entsprechende EU-Standard beträgt 10 ppm – und das seit 2009.

Kein Wunder also, setzte unsere Kampagne auch in der ARA-Zone, wo eben jene 10 ppm gelten, zugleich aber die toxische «African Quality» produziert wurde, einen politischen Prozess in Gang. Erstmals diskutiert wurde dieser Widerspruch im Amsterdamer Stadtrat vor bald zehn Jahren. Es wurde allerdings 2023, bis die Niederlande diesem gefährlichen Geschäftsmodell endlich offiziell den Riegel schoben. Anderthalb Jahre später verbot auch Belgien die Herstellung und den Export aller Treibstoffe, deren Schwefelanteil 50 ppm übersteigt. «Bei Produkten, die Risiken für Umwelt und Gesundheit bergen, darf es keine Doppelmoral geben», begründete die damalige belgische Energieministerin den Entscheid.

Von der Schliessung der Häfen haben sich die Schweizer Rohstoffhändler ihr Dirty-Diesel-Business freilich nicht verderben lassen. Das zeigte Ende 2024 ein Bericht von Source Material. Anhand von Echtzeit-

daten zu Öltransporten untersuchte das britische Investigativbüro die Auswirkungen der niederländischen und belgischen Exportverbote für hochschwefelhaltige Kraftstoffe. Demnach führte der Druck am einen Ort lediglich zur Verschiebung der Tätigkeit an einen anderen, wodurch neue Blending-Zentren von Spanien bis nach Lettland entstanden sind. Dieser ernüchternde Befund räumt auch noch die letzten Zweifel an der Notwendigkeit eines Verbots in der gesamten EU aus – eine Idee, die in Brüssel verschiedentlich diskutiert, aber noch nicht umgesetzt wurde.

Rohstoffhändler nutzen Lücken weiterhin aus

Mit der Umsetzung tun sich auch die leidtragenden Länder selbst schwer. Auf die vielen Absichtserklärungen von 2016 folgten zwar diverse nationale Gesetzgebungs- und Implementierungsprojekte. Zudem beschlossen die Umwelt- und Energieminister der Wirtschaftsgemeinschaft westafrikanischer Staaten (Ecowas), dass ab 1. Januar 2021 für alle importierten Treibstoffe eine Schwefelgrenze von 50 ppm gilt. Was als bedeutender Schritt gegen den Dauersmog einer ganzen Region gefeiert wurde, erwies sich zum Teil jedoch als Papiertiger zur Besänftigung der lauter werdenden Proteste gegen die urbane Luftverschmutzung und ihre Folgen.

So stellte das nigerianische Stakeholder Democracy Network (SDN) bei einer Untersuchung offizieller Benzinimporte fest, dass deren durchschnittlicher Schwefelgehalt mehr als das Siebenfache des neuen gesetzlichen Grenzwerts betrug und bei einigen Dieselpollen sogar über dem 43-Fachen lag. Das SDN kommt zum Schluss, dass die mangelhafte Regulierung der Diesel- und Benzinqualität immer noch ein ernstes Gesundheitsrisiko für Nigerias Bevölkerung darstellt und dass internationale Rohstoffhändler dies weiter gezielt ausnutzen. Ähnliche Kritik gab es schon früher



Unser Rebranding

Am 21. Mai 2016 stimmten die Mitglieder der 1968 gegründeten Erklärung von Bern der Umbenennung ihrer Organisation in Public Eye zu. Kommuniziert wurden der neue Name und der visuelle Auftritt aber nicht – wie häufig bei Rebrandings – durch Imagewerbung, sondern quasi als Nebenprodukt unserer legendären Dirty-Diesel-Kampagne. Das Foto zeigt den Container mit Dreckluft aus Ghana beim Verladen auf einen Lastwagen in Basel.



Die hohe Luftverschmutzung trübt die Sicht: Badende an der Küste vor der ghanaischen Hauptstadt Accra.

vom damaligen Direktor des UNO-Umweltprogramms, Erik Solheim: «Diese Unternehmen sollten ihre minderwertigen Produkte nicht verkaufen, selbst wenn sie nationalen Standards entsprechen.»

Untätiger Bundesrat flüchtet sich in Floskeln

Womit wir bei der offiziellen Schweiz wären. Keine Woche nach dem Kampagnenstart verlangte die heutige Präsidentin der Grünen, Lisa Mazzone, vom Bundesrat per Interpellation bereits eine Stellungnahme zum Dirty-Diesel-Skandal. Die Landesregierung ist zehn Jahre und fünf parlamentarische Anfragen später immer noch «der Auffassung, dass in der Schweiz ansässige Unternehmen bei allen ihren Tätigkeiten im In- und Ausland verantwortungsvoll handeln sollten, einschliesslich in ihrer Wertschöpfungskette.» Ein weiteres Freiwilligkeitsmantra, mit dem sich der Bundesrat aus der Verantwortung nimmt, ist der floskelhafte Appell «zur Einhaltung der jeweiligen nationalen Rechtsvorschriften». Zugleich beklagt die Schweizer Regierung aber auch, mangels spezialisierter Behörde keine Handhabe gegen dieses Geschäftsmodell der Rohstoffhändler zu haben. Und verschweigt dabei, dass sie sich seit über zehn Jahren weigert, diese selbst identifizierte Lücke endlich mit der von Public Eye geforderten Rohstoffmarktaufsicht zu schliessen.

Dabei steigt der internationale Druck in diesem politisch verschleppten Skandal stetig. Erst kürzlich ha-

ben sich die zuständige niederländische Behörde und sogar der Verband der afrikanischen Autohändler (AAAM) mit einem Brief an die offizielle Schweiz gewandt. Erstere adressierte den beim Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) angesiedelten «Kontaktpunkt für verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln», Letztere direkt Umweltminister Albert Rösti – weil «die vom AAAM vertretenen Firmen wie Ford, Mercedes oder Toyota vor dem Problem stehen, dass ihre Motoren und Katalysatoren durch die schlechte Treibstoffqualität Schaden nehmen». Das Zitat stammt aus dem (vorläufig) letzten parlamentarischen Vorstoss zur epischen Dirty-Diesel-Problematik und zeigt, dass diese für Menschen höchst schädlichen Umweltgifte sogar Maschinen zusetzen.

Zehn Jahre nach Lancierung unserer Kampagne diskutiert die Schweiz zum zweiten Mal über die Konzernverantwortungsinitiative. Und natürlich vernachlässigt der Gegenvorschlag des Bundesrats zur Initiative wieder den Rohstoffsektor. So sollen für die Verwendung eines Produkts von Schweizer Unternehmen keine Sorgfaltspflichten zur Einhaltung von Menschen- und Umweltrechten gelten. Dirty Diesel wäre also nicht betroffen. Public Eye hat in der kürzlich beendeten Vernehmlassung genau das kritisiert und einen konkreten Verbesserungsvorschlag eingebracht. Vorerst bleiben Produktion und Vertrieb von «Jungle Juice» aber eines der übelsten Geschäftsmodelle – und die Achillesferse des wirtschaftlich immer wichtigeren Schweizer Rohstoffplatzes. ■



© Elizabeth Fitt/Alamy

«Es wird vermutet, dass im Palmölsektor auf jede regulär beschäftigte Person eine irreguläre kommt»

Auch unter dem neuen Freihandelsabkommen mit Malaysia sind Importe von Palmöl aus Zwangsarbeit möglich. Deshalb hat Public Eye zusammen mit anderen Organisationen das Referendum dagegen ergriffen.

INTERVIEW: CHRISTIAN ECKERLEIN UND MANUEL ABEBE

Im Juni hat das Parlament das neue Freihandelsabkommen mit Malaysia angenommen. Palmöl war in der Debatte ein zentraler Streitpunkt: Malaysia war 2025 bereits der zweitwichtigste Lieferant der Schweiz, nun sollen die Zölle gesenkt werden. Dabei kann der Bundesrat nicht ausschliessen, dass Palmöl aus Zwangsarbeit oder Entwaldung begünstigt wird.

Andika Wahab ist Professor am Institut für Malaysia- und Internationale Studien an der Nationalen Universität Malaysia. Er forscht zu internationaler Arbeitsmigration und Nachhaltigkeitspolitik und führt Audits zu Arbeitsbedingungen in Südostasien durch. Im Interview mit Public Eye beschreibt der Wissenschaftler Formen der Zwangsarbeit.

Andika Wahab, wie zeigt sich Zwangsarbeit in der malaysischen Palmölindustrie?

Besuche ich Palmölplantagen, stosse ich regelmässig auf Anzeichen von Zwangsarbeit. Die Bewegungsfreiheit ist oft sehr eingeschränkt. Die Plantagen liegen meist sehr abgelegen, viele Arbeiter*innen sind auf Transportmittel angewiesen, die der Arbeitgeber bereitstellt. Zieht dieser den Pass ein, wird es schwierig, das Gelände zu verlassen, vor allem, wenn sie keine Arbeitsbewilligung besitzen. Ohne Telefon oder Internet kann oft keine Hilfe von aussen gesucht werden.

Wie entsteht eine solche Lage?

Sehr oft über unethische Rekrutierung. Grosse Unternehmen halten sich eher an formelle Verfahren – dies ver-

ringert das Risiko von Zwangsarbeit. Viele Arbeitskräfte werden jedoch informell angestellt, besonders auf mittelgrossen und kleinen Plantagen. Der Grund ist der Arbeitskräftemangel – der grösste Feind des Sektors. Sobald die Ernte ansteht, stellen viele Unternehmen verzweifelt ein, wen sie gerade finden – vor allem migrantische Arbeitskräfte ohne gültige Papiere.

Wie werden Migrant*innen irregulär, und weshalb sind sie besonders gefährdet?

Offizielle Zahlen fehlen, aber es wird vermutet, dass im Palmölsektor auf jede regulär beschäftigte Person eine irreguläre kommt. Bei diesen gibt es viele Manipulationsmöglichkeiten. Und irregulär wird man als Migrant*in schnell – etwa wenn man einen regulären Arbeitgeber verlässt beziehungsweise verlassen muss.

Referendum gegen das Malaysia-Abkommen

Aus Sicht von Public Eye schützt das Abkommen zentrale Menschen- und Arbeitsrechte nicht verbindlich genug. Zudem könnte es den Zugang zu Medikamenten erschweren und den freien Tausch von Saatgut einschränken. Darum haben Public Eye und andere Organisationen das Referendum gegen das Malaysia-Abkommen lanciert. Die Sammelfrist für die notwendigen 50 000 Unterschriften läuft bis Ende September. Eine Volksabstimmung dürfte Anfang 2027 stattfinden.

Sie überprüfen selbst Plantagen.

Woran erkennen Sie Zwangsarbeit?

Wir orientieren uns an den elf Indikatoren der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), darunter Einbehalten von Pässen, Zurückhalten von Löhnen, Isolation oder Missbrauch der Verletzlichkeit. In der Regel treten mehrere Indikatoren gleichzeitig auf.

Für viele isolierte Arbeiter*innen ist das Gespräch mit einem Auditor wie mir eine seltene Gelegenheit, Aussenstehenden ihre Situation zu schildern. Ich habe viele getroffen, die ihre Plantage seit zwei Jahren oder mehr nicht verlassen haben – aus Angst, von den Einwanderungsbehörden festgenommen und inhaftiert zu werden.

Tun die Behörden genug, um Zwangsarbeit im Palmölsektor zu bekämpfen?

An Gesetzen mangelt es in Malaysia nicht – die Palmölindustrie ist stark reguliert. Das Problem ist die mangelnde Durchsetzung, besonders auf dem Land. Viele Plantagen, die ich besucht habe, werden nur selten oder gar nicht behördlich kontrolliert. Das ermutigt Arbeitgeber, nichts zu ändern.

Die Schweiz setzt bei Palmölimporten auf freiwillige Nachhaltigkeitszertifizierungen. Können solche Labels Zwangsarbeit verhindern?

RSPO und MSPO haben auf dem Papier gute Vorgaben – etwa zu ethischer Rekrutierung oder angemessenen Löhnen. Aber das Unternehmen bezahlt den Auditor, und beide wollen weiter zusammenarbeiten. Das führt zu massiven Interessenkonflikten. Zudem sind die heutigen Überprüfungspraktiken wenig arbeitnehmer*innenfreundlich: Wer Missstände meldet, muss mit Konsequenzen rechnen.

Wie sehen diese aus?

Das Unternehmen versucht, herauszufinden, wer sich beschwert hat. Meist können Auditor*innen danach nicht mehr mit den Betroffenen sprechen: Sie sind verschwunden, oder ihr Telefon wurde beschlagnahmt. Das Unternehmen schliesst das Dossier, oft verschwinden auch die Beweise. So lassen sich Missstände kaum beheben.

Gibt es Zwangsarbeit auch in anderen Branchen?

Weil es harte körperliche Arbeit ist, denken die meisten, die Palmölindustrie sei besonders betroffen.

Der öffentliche Druck auf die Branche ist hoch. Das hat zu gewissen Fortschritten geführt. Zwangsarbeit kommt aber auch im Baugewerbe, in der Landwirtschaft, in Privathaushalten, im Dienstleistungssektor sowie in exportorientierten Industrien wie der Textil- oder Halbleiterindustrie vor.

Rund 40 % der Schweizer Importe aus Malaysia sind Elektronikprodukte. Wo liegen dort die grössten Probleme?

Es geht ebenfalls um unethische Rekrutierung und Schuldknechtschaft, zudem um fehlenden Zugang zu Gewerkschaften, überfüllte Unterkünfte oder übermässige Überstunden. Da die meisten Fabriken in städtischen Gebieten liegen, haben die Beschäftigten besseren Zugang zu NGOs und Diaspora-Netzwerken. Gleichzeitig ist das Risiko viel höher, festgenommen oder inhaftiert zu werden. Aufgrund undurchsichtiger Auslagerungspraktiken wissen manche Beschäftigte nicht einmal, wer ihr Arbeitgeber ist – obschon dies gesetzlich verboten ist. Spezifische Probleme haben die vielen jungen Frauen, insbesondere aus Indonesien, Bangladesch und Nepal, die in der Halbleiterindustrie beschäftigt sind.

Welche?

Sexuelle Belästigung und geschlechtsspezifische Diskriminierung sind häufig anzutreffen. Viele Probleme treten aber auch in den von Arbeitgebern bereitgestellten Unterkünften auf, wo Menschen aus verschiedensten Ländern zusammenleben. Sexuelle Gewalt und HIV sind weitverbreitet. Die wenigsten Frauen sind gewerkschaftlich organisiert, weshalb ihre Anliegen kaum gehört werden. Betriebliche Beschwerdegremien sind meist männlich dominiert und wenig geschlechtersensibel. Viele Frauen schweigen, weil ihnen das Vertrauen fehlt.

Wie könnte ein Freihandelsabkommen zur Bekämpfung von Zwangsarbeit beitragen?

Es sollte die Stimmen von Arbeiter*innen stärken und Gewerkschaften, migrantische Netzwerke oder NGOs verbindlich miteinbeziehen. Tut es das nicht, ist das ein Rückschritt. Verlässt man sich auf die üblichen Überprüfungsmechanismen der Industrie, ändert sich nichts. Es braucht wirksamere Methoden und eine konsequentere Durchsetzung. Zudem sollten Unternehmen zu einer Sorgfaltsprüfung verpflichtet werden. Wer exportiert, sollte internationale Standards einhalten müssen – diese gehen meist über nationale Gesetze hinaus.

Würde ein Importverbot für Ware aus Zwangsarbeit Druck erzeugen?

Manchmal wirkt wirtschaftlicher Druck stärker als staatliche Massnahmen. Aber diese Frage beschäftigt mich auch selbst. Sanktionen treffen nicht nur Unternehmen, sondern auch Arbeitskräfte oder Kleinbauernfamilien. Die ganze Lieferkette gerät unter Druck. Gleichzeitig haben die Sanktionen der US-Zollbehörden gegen grosse malaysische Unternehmen viel bewirkt: Pässe wurden retourniert, Rekrutierungspraktiken verbessert und Arbeitskräfte besser behandelt. In dieser Industrie bewegt sich nichts von selbst. Handelssanktionen waren bislang der stärkste Hebel. Nur sie können Unternehmen und manchmal sogar Regierungen dazu bewegen, Missstände zu beheben. ■

Andika Wahab, Professor am Institut für Malaysia- und Internationale Studien an der Nationalen Universität Malaysia.



Neutral heisst nicht gleichgültig: Nein zur Neutralitätsinitiative

Die Welt wird weder friedlicher noch gerechter, wenn die Schweiz wegschaut. Im Gegenteil: Bei Annahme der Neutralitätsinitiative am 27. September könnte unser Land praktisch keine Sanktionen gegen Staaten mehr verhängen, die vorsätzlich und systematisch Völker- und Menschenrechte verletzen. Damit würde die Schweiz zur Komplizin von Unrechtsregimes und – stärker noch als bisher – zur Profiteurin internationaler Konflikte. Public Eye spricht sich deshalb für ein klares Nein zur Initiative aus.

ROBERT BACHMANN

Die massgeblich von Christoph Blocher initiierte Neutralitätsinitiative gaukelt Klarheit und Reinheit in einer unübersichtlichen und dreckigen Welt vor. «Kein Krieg» versprechen die Abstimmungsplakate der Initianten. Ein irreführender Slogan. Denn die meisten Forderungen der Initiative – bewaffnete Neutralität, keine Beteiligung an Kriegen, kein Nato-Beitritt mit Beistandspflicht und die Guten Dienste zur Friedensförderung – sind bereits heute wesentliche Bestandteile der Schweizer Aussen- und Sicherheitspolitik. Hauptfolge einer Annahme der Initiative wäre, dass der Schweiz jenes Mittel genommen wird, mit dem sie – im Einklang mit den EU-Staaten – auf Kriege und Verstösse gegen Völker- und Menschenrechte reagieren kann: Sanktionen.

Völker- und Menschenrechte stärken

Rekapitulieren wir die Ausgangslage: Als UNO-Mitglied ist die Schweiz verpflichtet, Sanktionen des UNO-Sicherheitsrats zu übernehmen. Daran würde auch die Initiative nichts ändern. Der Sicherheitsrat ist in wichtigen Fragen aber schon lange blockiert, weil die Vetomacht der ständigen Mitglieder USA, Russland und China jegliche Zwangsmassnahmen gegen Verbündete oder sich selbst verhindert. Darum verhängen globale Mächte wie die EU immer öfter selbst Sanktionen. Die Schweiz kann, so das Gesetz, Sanktionen ihrer wichtigsten Handelspartner übernehmen, wenn diese der Einhaltung des Völkerrechts, namentlich der Respektierung der Menschenrechte, dienen. Faktisch geht es in aller Regel um die EU, deren Sanktionen die Schweiz mehrheitlich übernimmt. So wie im Falle des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine.

Mit Annahme der Initiative könnte der Bund nur noch UNO-, aber keine EU-Sanktionen mehr mittragen und müsste jene gegen Russland aufheben. Damit würde die Schweiz (wieder) zur Finanz- und Handelsdrehschei-

be für sanktionierte Regimes oder Oligarchen, die ihre Kriegsgewinne auf Schweizer Banken bunkern könnten. Auch sämtliche Sanktionen, welche die Schweiz aufgrund schwerer Menschenrechtsverletzungen übernommen hat, wären hinfällig, etwa jene gegen Myanmar, den Sudan oder Venezuela. Dies würde das Völkerrecht untergraben und das Recht des Stärkeren anstelle der regelbasierten Ordnung fördern. Ein in der Verfassung verankertes Sanktionsverbot wäre deshalb demokratieschädlich.

Stossende Doppelstandards, menschliches Leid

Doch Sanktionen werden – wie alle politischen Entscheidungen – von Interessen geleitet. Die Einhaltung des Völkerrechts – einer «friedlichen und gerechten internationalen Ordnung», wie es in der Bundesverfassung heisst – kann dabei anderen nationalen Interessen wie Sicherheit, Geopolitik oder jenen der eigenen Volkswirtschaft untergeordnet werden. Dies führt zu Doppelstandards.

Ein aktuelles Beispiel dafür ist die Ungleichbehandlung der Völkerrechtsverstösse von Russland und Israel. Seit der Invasion der Ukraine im Februar 2022 übernimmt die Schweiz grossmehrheitlich die EU-Sanktionen gegen Russland. Auslöser waren der Angriffskrieg und die Annexion ukrainischer Gebiete, Gräueltaten in Butscha und Mariupol, Raketenangriffe auf zivile Ziele oder die Deportation ukrainischer Kinder.

Im Oktober 2023 beging die Hamas brutale Kriegsverbrechen an der israelischen Bevölkerung. Die EU verhängte Sanktionen gegen die Hamas, welche die Schweiz übernahm. Im Krieg in Gaza verüben die israelischen Streitkräfte ebenfalls Kriegsverbrechen. Laut UNO begeht Israel in Gaza sogar Völkermord. Sanktionsmassnahmen der EU gegen die israelische Regierung gab es aber keine. Solche gab es einzig gegen gewalttätige und extremistische Siedler in den besetzten Palästinensergebieten. Die Schweiz aber hat nicht einmal diese übernommen. Solche



Unter EU-Sanktionen: ein Tanker der russischen Schattenflotte.

Doppelstandards illustrieren, dass die Anwendung von Sanktionen oft politischen Interessen folgt.

Ebenfalls problematisch: Die Bevölkerung des sanktionierten Landes trägt häufig die Hauptlast dieser Massnahme – vor allem, wenn sie breit und ungezielt ist. In den 1990er-Jahren führten Sanktionen gegen Haiti zu massiver Arbeitslosigkeit und einer akuten Versorgungskrise in dem wirtschaftlich bereits stark geschwächten Land. Auch im Irak unter Saddam Hussein sorgte das fast vollständige Handelsembargo für den Zusammenbruch der Infrastruktur und lebensbedrohlichen Mangel an Wasser, Medikamenten und Nahrungsmitteln. Heute sind Sanktionsmassnahmen oft smarter, dennoch besteht eine gewisse Einigkeit, dass auch diese einen negativen Effekt auf den Lebensstandard der Menschen eines betroffenen Landes haben können.

Neutralität rechtfertigt kein Wegschauen

Trotz dieser Bedenken wäre ein generelles Sanktionsverbot der falsche Schluss. Die Initiative würde die Schweiz jeglicher Möglichkeit zur politischen Reaktion auf Völkerrechts- und Menschenrechtsverletzungen berauben. Solch prinzipielles Abseitsstehen fördert nicht Frieden und Gerechtigkeit, sondern macht die Schweiz zur Komplizin von Unrechtsregimes und Staaten, die Völker- und Menschenrechte mit Füßen treten. Internationale Sanktionen könnten – wie früher – ganz einfach über unser Land umgangen werden. Dies pervertiert die Neutralitätsidee und isoliert die Schweiz.

Kann die Schweiz keine Sanktionen mehr mittragen, wird sie wieder zur Drehscheibe für sanktionierte Regimes und damit zur Profiteurin von internationalem Unrecht. Ein Sanktionsverbot auf Verfassungsebene würde dem Bund gerade in jenen Bereichen die Hände binden, in denen seine Verantwortung besonders gross

ist: beim Finanzplatz, im Rohstoffhandel und bei Gütern, die Kriegswirtschaften stützen können.

Wenn sie gezielt, rechtsstaatlich eingebettet und gegen verantwortliche Akteure (statt die Gesamtbevölkerung) eingesetzt werden, sind Sanktionen ein starkes Instrument für mehr Gerechtigkeit und Frieden. Ihre Wirksamkeit darf nicht nur daran gemessen werden, ob ein Regime sofort seine Politik ändert. Sanktionen können Vermögen blockieren, Finanzquellen austrocknen, Technologie- und Güterflüsse unterbrechen, Repressionsapparate schwächen und Umgehungsgeschäfte erschweren. Auch verändern sie die Kosten-Nutzen-Rechnung der politischen und wirtschaftlichen Elite eines Landes, das unter Sanktionen steht. Zudem sind sie ein politisches Signal für Opfer, Zivilgesellschaft und Menschenrechtsverteidiger*innen: Die Verletzung ihrer Rechte wird nicht einfach hingenommen. Ohne Sanktionen bliebe nur Empörung ohne Konsequenz.

Als global vernetzter Finanz- und Handelsplatz trägt die Schweiz eine besondere Verantwortung.

Neutralität darf nicht Gleichgültigkeit bedeuten. Und schon gar nicht die Möglichkeit bergen, wirtschaftlich von Kriegen, Menschenrechtsverletzungen und der Missachtung des Völkerrechts zu profitieren. Als global vernetzter Finanz- und Handelsplatz trägt die Schweiz eine besondere Verantwortung. Sie muss genau dort handlungsfähig sein und bleiben, wo sie wirklich Einfluss hat und wo ihre Entscheidungen einen Unterschied machen. Darum ein dezidiertes Nein am 27. September. ■



Die Antwort der Behörden auf unsere Petition «Kein Profit aus Korruption»

Im März 2026 haben wir dem Bundesrat eine Petition mit fast 14 000 Unterschriften übergeben. Sie fordert, dass eingezogene Gewinne von Schweizer Konzernen, die der Bestechung ausländischer Amtsträger überführt wurden, den betroffenen einkommensschwachen Staaten zurückerstattet werden. Die Reaktion des Direktors des Bundesamts für Justiz ist zumindest ermutigend.

MOUNA ALGELLY UND ROBERT BACHMANN

Das Bundesamt für Justiz zeigt in seinem Schreiben Verständnis für die in der Petition angesprochene Problematik und betont, dass die Rückführung von Korruptionsgewinnen ein wesentlicher Pfeiler der Geldwäschereibekämpfung ist. Zu Recht hebt es die Bemühungen der Schweiz hervor, die unrechtmässig erworbenen Vermögenswerte von Potentaten zurückzugeben. Doch es erwähnt keine konkreten Massnahmen, um diese Praxis auf Entschädigungszahlungen auszuweiten, die von Unternehmen geleistet werden, die in der Schweiz wegen Bestechung ausländischer Amtsträger verurteilt werden, wie es die Petition fordert.

Das Bundesamt verweist zudem auf die neue Strategie zur Korruptionsbekämpfung, die der Bundesrat Anfang 2026 verabschiedet hat. Diese sieht vor, dass die Schweiz auf eine Strategie zur Identifizierung und Rückführung von Vermögenswerten illegaler Herkunft setzt, um die internationale Zusammenarbeit in diesem Bereich zu fördern. Eine Formulierung, die alles oder fast nichts bedeuten kann. Hoffen wir, dass sich der Bundesrat an der jüngsten Antikorruptionsstrategie Grossbritanniens orientiert, die eine Verbesserung der Praxis bei der Entschädigung von Opfern grenzüberschreitender Korruption vorsieht.

Insgesamt ist die Antwort des Bundesamts recht ermutigend: Es scheint sich des Problems zumindest teilweise bewusst zu sein. Das deckt sich mit dem Eindruck, den wir aus unseren verschiedenen Gesprächen mit Vertretern der Bundesverwaltung zur Petition gewonnen ha-

ben. Wir werden uns dafür einsetzen, dass das Thema in den kommenden Jahren sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene auf der Tagesordnung bleibt.

Opfer von Korruption müssen entschädigt werden

In der Schweiz werden wir die Umsetzung der neuen Antikorruptionsstrategie aufmerksam verfolgen und jede Gelegenheit nutzen, um die Weitergabe der verhängten Entschädigungsforderungen an die Geschädigten voranzutreiben.

Zudem werden wir unsere Lobbyarbeit auf internationaler Ebene intensivieren, insbesondere über die zivilgesellschaftliche Koalition der UNO-Konvention gegen Korruption, der wir im Sommer 2025 beigetreten sind. Diese legt klar fest, dass Opfer von Korruption entschädigt werden müssen. Dennoch sind die Bemühungen zur Umsetzung dieses Grundsatzes weltweit nach wie vor völlig unzureichend.

Die Unterstützung von knapp 14 000 Menschen für die Petition «Kein Profit aus Korruption» wird uns weiterhin als Hebel für unser Handeln dienen. Wir teilen dieses Ziel mit allen Menschen und Organisationen, die sich in der Schweiz und weltweit dafür einsetzen, auf eine Selbstverständlichkeit hinzuweisen: Korruption ist kein Verbrechen ohne Opfer. Damit eine Verurteilung nicht nur Gerechtigkeit schafft, sondern auch die erlittene Ungerechtigkeit wiedergutmacht, müssen die Opfer der Korruption entschädigt werden. ■

«Bei der Bekämpfung der Korruption müssen die Geschädigten im Zentrum stehen»

Sara Brimbeuf ist Rechtsanwältin und bei Transparency International Frankreich für schwere Korruption und illegale Finanzströme zuständig. Dabei befasst sie sich primär mit der Anerkennung und Wiedergutmachung des Schadens, der Korruptionsopfern zugefügt wurde. Im Gespräch mit Public Eye berichtet sie über den Kampf ihrer Organisation für eine neue Regelung, die es ermöglichen soll, unrechtmässig erworbene und deshalb beschlagnahmte Vermögenswerte der betroffenen Bevölkerung zurückzugeben.

INTERVIEW: AGATHE DUPARC

Vor mehr als 15 Jahren hat die französische Justiz wegen des gigantischen Vermögens, das drei afrikanische Staatschefs und ihre Familien in Frankreich besitzen, mehrere Verfahren eingeleitet. Worum geht es dabei?

2007 hat die Nichtregierungsorganisation CCFD-Terre Solidaire einen Report zu den in Frankreich liegenden Vermögen von Diktatoren publiziert. Der Bericht listete insbesondere Liegenschaften auf, die sie in Paris und anderswo im Land besaßen, und stellte deren Wert ihren offiziellen Gehältern gegenüber. Auf dieser Grundlage beschlossen mehrere französische Anwälte*innen und NGOs, darunter Sherpa und Transparency International Frankreich, mit Unterstützung von Aktivist*innen aus den betroffenen Ländern einige dieser Fälle vor Gericht zu bringen. Nach langem Rechtsstreit wurde 2010 ein Ermittlungsverfahren wegen Geldwäscherei von veruntreuten öffentlichen Geldern eröffnet. Es konzentrierte sich auf die Vermögenswerte der Präsidenten von Gabun, Äquatorialguinea und der Republik Kongo sowie ihrer Familien.

Transparency International Frankreich hatte sich in diesen Fällen das Recht erkämpft, als Zivilpartei aufzutreten – ein juristischer Status, den das Schweizer Recht nicht vorsieht. Wie funktioniert das?

Wir waren damals die einzige NGO, die den Kampf gegen Korruption in

ihren Statuten und Zielen hatte. Nach langer Auseinandersetzung sprach uns das Kassationsgericht im Dezember 2010 das Recht zu, im Namen der Opfer von Korruption vorzugehen; anschliessend wurde dieses Recht auf alle Antikorruptionsorganisationen ausgeweitet. Dank dieser Bestimmung können NGOs bei einer Einstellung von einfachen Strafanzeigen diese ein zweites Mal als Zivilklage einreichen, wodurch ein Untersuchungsrichter eingeschaltet wird. Sie können etwa die Untersuchung verfolgen, neue Unterlagen zum Fall einbringen oder Einvernahmen beantragen. Dies ist ein wichtiges Instrument im Kampf gegen schwere Korruption und gegen die Trägheit der Staatsanwaltschaft in gewissen Fällen von Wirtschaftskriminalität mit Beteiligung staatlicher Akteure.

Wo stehen wir da heute?

Die Verfahren, die Gabun und die Republik Kongo betreffen, sind noch nicht abgeschlossen. Im Fall von Äquatorialguinea wurde 2017 ein erstes Urteil gegen Teodorin Obiang gefällt, den Vizepräsidenten und Sohn des derzeitigen Präsidenten. Neben der Verhängung einer Busse und einer bedingten Freiheitsstrafe wurden seine in Frankreich befindlichen Vermögenswerte beschlagnahmt – geschätzt über 100 Millionen Euro. Diese historische Entscheidung wurde von der Berufungsinstanz und zuletzt im Juli 2021 vom Kassationsgericht bestätigt.

Da stellt sich rasch einmal die Frage nach den Geschädigten solch staatlicher Korruption.

Ja, die Geschädigten müssen im Fokus der Korruptionsbekämpfung stehen. Zunächst stellte sich die Frage der Klagebefugnis von Organisationen, welche die Korruption bekämpfen. Diesen Kampf haben wir gewonnen. Nun geht es um die beschlagnahmten Vermögenswerte. Diese müssen dazu dienen, einige jener Schäden wiederzugutmachen, welche die realen Opfer der staatlichen Korruption erlitten haben. Zudem sollen die Opfer als Zivilkläger vor Gericht zugelassen werden. →

Sara Brimbeuf, Rechtsanwältin und bei Transparency International Frankreich für schwere Korruption und illegale Finanzströme zuständig.



Wie kann erreicht werden, dass die Geschädigten an den Prozess teilnehmen können?

Zum Beispiel muss eine NGO aus Gabun oder Syrien am Prozess von französischen Anwält*innen vertreten werden können. Dies wirft die Frage nach der Finanzierung dieser Verteidigung auf, aber auch nach dem Zugang zu den Geschädigten, damit diese erst über das Verfahren informiert werden und dann aktiv daran teilnehmen können. Unsere NGOs und Staatsanwaltschaften müssen diese Begleitung gewährleisten.

Im Sommer 2021 hat Frankreich die gesetzliche Grundlage für eine Haushaltsregelung geschaffen, welche die Rückgabe von Vermögenswerten ermöglicht, die unrechtmässig erworben und deswegen beschlagnahmt wurden.

Es brauchte einen rechtlichen Rahmen, der die Rückgabe solcher Gelder ermöglicht. Die Konvention der Vereinten Nationen gegen Korruption verpflichtet die Vertragsstaaten, also auch Frankreich, eine Rückgabe nur dann vorzunehmen, wenn der Herkunftsstaat im Rahmen eines internationalen Rechtshilfeverfahrens darum ersucht. Im vorliegenden Fall bestritten die kleptokratischen Regimes der betroffenen Länder jedoch die Rechtmässigkeit der Verfahren und stellten natürlich auch kein entsprechendes Gesuch. Des-

halb bestand die Gefahr, dass die beschlagnahmten Vermögenswerte in den französischen Staatshaushalt fliessen würden, was völlig unmoralisch und ungerecht gewesen wäre. Und eine doppelte Bestrafung der geschädigten Bevölkerung! Transparency International Frankreich hat intensive Lobbyarbeit geleistet, um die politischen Entscheidungsträger*innen davon zu überzeugen.

Die Regelung ist im November 2022 in Kraft getreten. Wie funktioniert sie?

Sie sieht vor, dass die Gelder aus unrechtmässig erworbenem Vermögen zur Schaffung spezifischer Budgetposten führen, die dem Ausussenministerium unterstehen. Unter Einbezug zivilgesellschaftlicher Organisationen sollen diese Mittel Massnahmen der Zusammenarbeit und Entwicklung in betroffenen Ländern finanzieren, die möglichst direkt der Bevölkerung zugutekommen und den Grundsätzen der Transparenz entsprechen.

Nun steht die erste Bewährungsprobe an. Ende Juni 2026 hat die neu gegründete Agentur zur Verwaltung und Verwertung beschlagnahmter Vermögenswerte eine 3000 Quadratmeter grosse Liegenschaft in Paris, die Teodorin Obiang gehörte, zum Verkauf ausgeschrieben. Zufrieden?

Nicht wirklich, denn es sind fünf Jahre vergangen, seitdem das Kassationsgericht Obiangs Verurteilung bestätigt hat! In der Zwischenzeit hat sein Stadtpalais, dessen eine Etage illegalerweise nach wie vor von diplomatischem Personal bewohnt wird, massiv gelitten. Die notwendigen Unterhaltsarbeiten haben nach unseren Informationen über eine Million Euro gekostet.

Ist das Gebäude verkauft, muss ein Weg gefunden werden, den Erlös der geschädigten Bevölkerung zukommen zu lassen.

Die grösste Herausforderung besteht darin, sicherzustellen, dass dieses Geld nicht erneut veruntreut, sondern sinnvoll eingesetzt wird. In Äquatorialguinea ist dieses Risiko enorm. Zur Minimierung muss in Entwicklungsprogramme integrierter Organisationen investiert werden, von denen die Bevölkerung direkt profitiert. Geschieht dies über die französische Entwicklungsagentur, UNO-Organisationen, NGOs oder die Weltbank? Alles ist noch offen. Die Erfahrungen von Ländern wie der Schweiz, den USA oder Grossbritannien liefern Beispiele für bewährte Praktiken. Sie zeigen, dass die Rückführung von Vermögenswerten immer dann gescheitert ist, wenn nicht genügend Transparenz herrschte, was Misstrauen schürte und den Teufelskreis aus Korruption und Veruntreuung erneut in Gang setzte. ■



Teodorin Obiang, Vizepräsident und Sohn des Präsidenten von Äquatorialguinea, in einer Aufnahme aus dem Jahr 2013.



Textilunternehmer aus Bangladesch nimmt Modemarken in die Pflicht

Im vergangenen Mai hat Public Eye im Report «Squeezed Dry» (Ausgepresst) aufgezeigt, zu welchen Spottpreisen internationale Modemarken T-Shirts einkaufen. «10 Franken für ein Kilo T-Shirts», lautete die Schlagzeile.

In einem Gastbeitrag in der Tageszeitung «Daily Star» aus Dhaka bestätigt nun Mostafiz Uddin, Textilunternehmer aus Bangladesch mit über 1900 Angestellten, die Befunde des Reports und ärgert sich über die heuchlerischen Nachhaltigkeitsversprechen der westlichen Abnehmer. «Seit zwei Jahrzehnten beobachte ich, wie globale Modemarken von verantwortungsvollem unternehmerischem Handeln sprechen.» Zur verantwortungslosen Einkaufspolitik, die viele unter ihnen praktizierten, passe dies aber wie die Faust aufs Auge.

«Eine Fabrik ist mehr als eine Produktionseinheit am Ende einer Tabellenkalkulation», schreibt Uddin weiter. «Sie ist ein Arbeitsplatz, der Menschen beschäftigt, Löhne zahlt und Bankkredite bedient. Sie begleicht Stromrechnungen, investiert in Brandschutz, Abwasserbehandlung, Zertifizierungen, Audits, Schulungen, Energieeffizienz.» Für Uddin ist klar: Widerspiegeln die bezahlten Preise diese Realitäten nicht, ist das ganze Gerede über verantwortungsbewusstes unternehmerisches Handeln nichts als leeres Geschwätz. «Hungerlöhne in globalen Lieferketten sollten im Jahr 2026 nicht mehr an der Tagesordnung sein.» ■

Ihr Nachlass als Beitrag zu einer gerechteren Welt

Wer sich mit der Nachlassplanung beschäftigt, denkt oft in erster Linie an das Vermögen. Doch ein Vermächtnis ist so viel mehr. Es bedeutet auch das Weitergeben von Werten, Überzeugungen und Engagements – zum Beispiel für eine solidarische Schweiz.

Unser tiefer Dank gilt allen, die Public Eye in ihrem Testament berücksichtigen. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zu unserer Unabhängigkeit und ermöglichen konkrete Veränderungen für mehr globale Gerechtigkeit. Denn Testamentspenden zeigen Wirkung: So wurde die Recherche zu Dirty Diesel (ab Seite 14) unter anderem mit einem grosszügigen Nachlass finanziert. Millionen von Menschen in Westafrika profitieren seither von sauberer Luft.

Möchten auch Sie einen nachhaltigen Beitrag für eine solidarische Schweiz leisten? Mit einer Testamentspende sorgen Sie dafür, dass Ihre Werte weiterleben und Ihr Engagement andauert.

Sie wissen nicht, wo anfangen? Kontaktieren Sie uns! Gerne beraten wir Sie persönlich und unterstützen Sie bei Fragen rund um Ihre Nachlassplanung.

Ihre Kontaktperson:
Anita Weber, 044 277 79 11,
anita.weber@publiceye.ch

Weiterführende Infos:
publiceye.ch/testament ■

Unmenschliche Arbeit für einen Hungerlohn

Eine Banane für 60 Rappen – doch wer zahlt den wahren Preis? Public Eye hat mit Plantagenarbeiter*innen gesprochen, die für Chiquita in Guatemala unter unmenschlichen Bedingungen schufteten. Die Recherche zeigt: Sie leisten pro Tag zehn bis zwölf Stunden harte körperliche Arbeit unter extremem Zeitdruck, während hochgiftige Pestizide aus der Luft versprüht werden. Viele halten das Arbeitstempo nur mit gefährlichen Medikamentencocktails durch. Dafür erhalten sie einen Hungerlohn.

Nico Meier spricht mit Silvie Lang, Agrarrohstoffexpertin bei Public Eye, über Chiquitas Verantwortung. Wie reagiert der Bananengigant mit Sitz in der Schweiz auf die Vorwürfe? Was taugen Labels wie Rainforest Alliance? Und was muss sich politisch ändern, damit unser Bananenkonsum nicht auf Ausbeutung beruht? ■

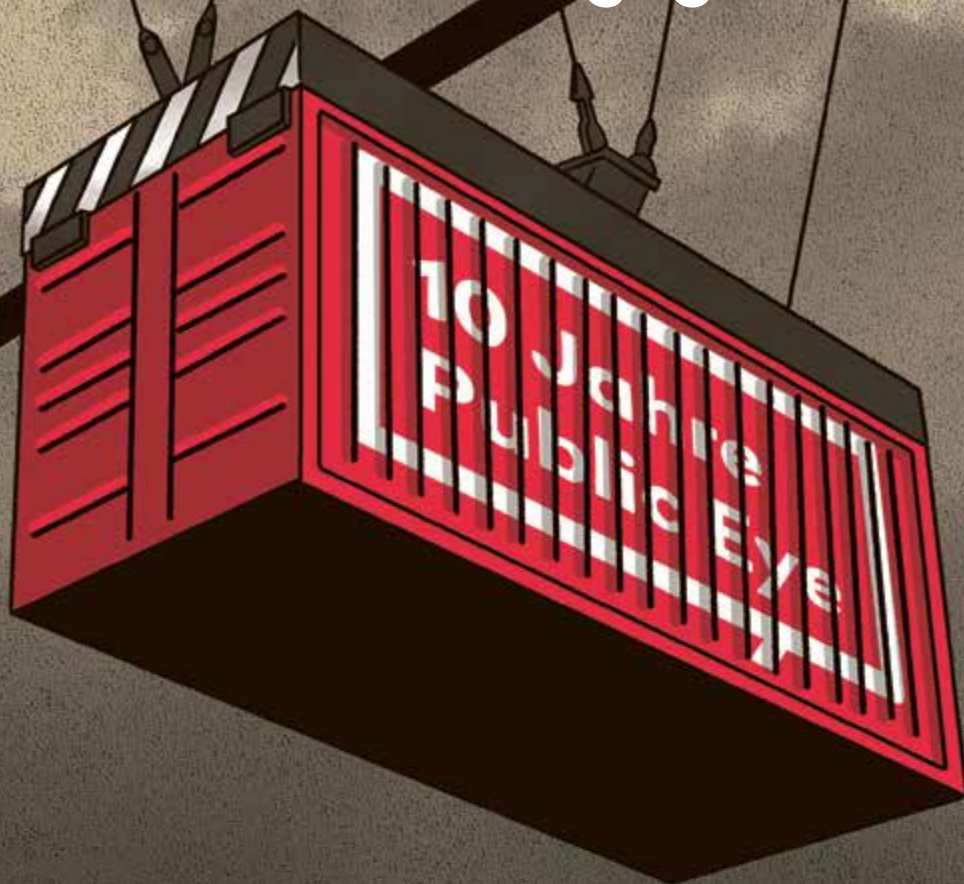


Hier finden Sie unseren Podcast zu Chiquita:
peye.link/chiquita



Wir müssen reden
Public Eye spricht Klartext

Danke für Ihr Engagement!



Im September 2016 wurde die Erklärung von Bern zu Public Eye. Dazu publizierten wir eine unserer grössten Recherchen und kraftvollsten Kampagnen: Dirty Diesel. Ohne Ihre Treue hätten wir dieses und viele weitere Projekte niemals realisieren können. Herzlichen Dank! Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass Schweizer Konzerne keine Menschenrechte verletzen.



Wo Konzerne lieber im Verborgenen agieren und die Politik dies zulässt, da schaut Public Eye genau hin: Mit Recherchen, Lobbyarbeit, Kampagnen und politischen Vorstössen setzen wir uns dafür ein, dass Schweizer Unternehmen und die offizielle Schweiz ihre Verantwortung zur weltweiten Achtung der Menschenrechte wahrnehmen.

Public Eye, Dierenstrasse 12, Postfach, 8021 Zürich
Tel. +41 (0)44 2 777 999, kontakt@publiceye.ch
Spendenkonto: IBAN CH69 0900 0000 8000 8885 4

publiceye.ch



Globale
Gerechtigkeit
beginnt bei uns

Public Eye

[in publiceye_ch](https://www.linkedin.com/company/publiceye_ch) [@PublicEye](https://www.facebook.com/PublicEye) [f @publiceye.ch](https://www.facebook.com/publiceye.ch) [@publiceye_ch](https://www.instagram.com/publiceye_ch) [@publiceye.ch](https://www.twitter.com/publiceye.ch)